Globethics Repository



Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository. More information on Globethics see https://www.globethics.net. Data and content policy of Globethics Repository see https://repository.globethics.net/pages/policy.

Item Type	Book
Authors	Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
Publisher	Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
Rights	With permission of the license/copyright holder
Download date	2026-11-14 17:54:36
Link to Item	http://hdl.handle.net/20.500.12424/216772

GEMEINSAME TEXTE 18

Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft

Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft

mit einem Wort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn

Inhalt

Wort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland 4

Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft

Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft

Zusammenfassung 9

Ausführliche Fassung 15

1 Einführung: Anlass 15

2 Situationsbeschreibung 18

2.1 Strukturwandel 18

2.2 Soziale Situation in der Landwirtschaft 21

2.3 Umweltbelastungen 24

2.4 Fragen des Tierschutzes 25

2.5 Probleme der Landwirtschaft im Rahmen der Ost-Erweiterung der EU 26

2.6 Steigerung des Wettbewerbdrucks und Benachteiligung der Entwicklungsländer 29

3 Ethische Leitlinien für eine nachhaltige Landwirtschaft 32

3.1 Verantwortung für die Schöpfung durch nachhaltiges Wirtschaften 32

3.2 Neuorientierung in Solidarität mit den Landwirtinnen und Landwirten 34

3.3 Tiere als Mitgeschöpfe achten 36

3.4 Globale Verantwortung und Welternährung 37
3.5 Subsidiarität und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe 39
3.6 Ernährungsethik 41

4 Handlungsoptionen in Politik und Gesellschaft 43
4.1 Die Verantwortung der Politik 43
4.2 Perspektiven für eine multifunktionale Landwirtschaft und eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume 49
4.3 Verbraucherverantwortung und Lebensstilwandel 3
4.4 Der Beitrag der Kirchen 5

Mitglieder der Arbeitsgruppe 10

Wort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben in den vergangenen Jahrzehnten die Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland, in der Europäischen Union und in den Entwicklungsländern mit verschiedenen Stellungnahmen begleitet1. Der Situation der landwirtschaftlichen Familien, die von dem tiefgreifenden Strukturwandel unmittelbar betroffen sind, haben sie ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Eine Aktualisierung und Weiterentwicklung dieser Stellungnahmen ist notwendig, weil sich die Voraussetzungen für die in der Landwirtschaft Tätigen grundlegend geändert haben: nicht zuletzt durch die Einbindung der regionalen Agrarwirtschaft in das weltweite Handelssystem – insbesondere seit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 – sowie durch die Folgen ihrer weitgehenden Integration in den europäischen Binnenmarkt.

So lastet auf vielen bäuerlichen Familienbetrieben der Entscheidungsdruck, sich durch stetiges Wachstum den hohen ökonomischen Anforderungen anzupassen, sich auf neue Richtlinien umzustellen oder, was immer häufiger geschieht, ganz aufzugeben. Neue Aufgaben und Möglichkeiten zeichnen sich zudem durch die Erweiterung der Europäischen Union in den kommenden Jahren ab. Um den vielfältigen Herausforderungen gerecht zu werden, stehen wir vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die nur gemeinsam von den in der Landwirtschaft Tätigen und den Verbrauchern, aber auch von der Futtermittelindustrie, Agrarchemie und Agrarforschung sowie den Verbänden und politisch Verantwortlichen bewältigt werden kann.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, einen Diskussionsbeitrag

---

1 So z. B. die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluss“ (Gütersloh 1984, 7. Auflage 1987), das Wort der deutschen Bischöfe „Zur Lage der Landwirtschaft“ (Bonn 1989), Erklärung der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischöfe „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“ (Bonn 1998) oder die Studie der Kammer für Entwicklung und Umwelt der Evangelischen Kirche in Deutschland „Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung“ (Hannover 2000).

auszuarbeiten, um so an der kirchlichen und öffentlichen Willensbildung mitzuwirken. Es soll ein Beitrag zur Diskussion sein in der schwierigen Aufgabe, eine Verständigung zwischen den unterschiedlichen Perspektiven und Interessen zu erreichen. Die europäische Agrarpolitik steht vor schwerwiegenden Entscheidungen, die zu einer Zwischenbilanz ihrer bisherigen Verfahren nötigt. Gleichzeitig stehen im Weltmaßstab im Rahmen der Welthandelsorganisation neue grundsätzliche Vertragsverhandlungen bevor.

In ihrem „Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" haben die beiden Kirchen 1997 das Prinzip der Nachhaltigkeit als ethische Leitperspektive für eine zukünftige Landwirtschaft herausgestellt2. Die Verantwortung für die Schöpfung ist im christlichen Denken zentrales Motiv. Sie ist darin begründet, dass der Mensch Geschöpf unter Mitgeschöpfen ist und in eine Schicksalsgemeinschaft mit allen Geschöpfen eingebunden ist. Der Schöpfungsauftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren, sie zu kultivieren und sie zu einem für alle bewohnbaren Lebensraum zu gestalten, muss in jeder Generation neu verstanden und konkretisiert werden. Globale und regionale Verantwortung stehen heute in komplementärer Beziehung zueinander und verbieten einfache Lösungen und verklärende Visionen.

Nachhaltige Landbewirtschaftung heißt konkret: Die natürlichen Ressourcen und ihre Funktionsfähigkeit sollen dauerhaft für heutige und nachfolgende Generationen erhalten werden. Das bedeutet insbesondere, dass die Bodenfruchtbarkeit und die biologische Vielfalt erhalten bzw. verbessert, bereits eingetretene Schädigungen aufgearbeitet und nach Möglichkeit rückgängig gemacht werden müssen. Hier werden Zielkonflikte offensichtlich, die von allen Seiten die Bereitschaft zu Kompromissen sowie zur echten Auseinandersetzung mit den Erfordernissen der Nachhaltigkeit und ihre Anwendung verlangen. Diese ist auf Vernetzungen und Synergien zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Notwendigkeiten sowie auf globale und intergenerative Gerechtigkeit angelegt. So macht eine wirksame Bekämpfung der Armut für die 800 Millionen hungernden Menschen auf der Erde eine tiefgreifende Reform der globalen – wie ebenso auch unserer nationalen – Agrarpolitik unumgänglich.

Besondere Aufmerksamkeit widmet der vorliegende Diskussionsbeitrag dem

---

2 S. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Hannover / Bonn 1997, Textziffer 122 – 125.

Schutz der Tiere und ihrer artgerechten und flächengebundenen Haltung. Die Kirchen haben bereits in früheren Stellungnahmen3 Kriterien entwickelt, in welchem Maße bestimmte Haltungsbedingungen geeignet sind, den Eigenwert der Tiere zu achten sowie zur Vermeidung von Schmerzen, Leiden und Schäden beizutragen.

Auch wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Anteil von Nahrungsmitteln am Budget eines privaten Haushalts in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zurückgegangen ist. Einerseits steigen die Erwartungen an die Qualität der Lebensmittel mit Recht und werden zunehmend differenzierter, andererseits entscheidet sich ein Großteil der Verbraucher beim Einkauf und im Ernährungsverhalten für die Lebensmittel, die durch maximale Nutzung von Technik und Rationalisierung einen relativ geringen Preis haben. Damit wird den Bemühungen um eine Ökologisierung der Landbewirtschaftung häufig entgegengewirkt. Aufgrund dieser Entwicklung sind viele in der Landwirtschaft Tätige verunsichert. Die Förderung einer neuen Kultur und Ethik der Ernährung ist daher ein Grundanliegen dieser Schrift.

Den Kirchen kommt die besondere Verantwortung zu, daran mitzuwirken, die offensichtliche Distanz zwischen den Verbrauchern und den Erzeugern von Lebensmitteln sowie die Verunsicherung, die in den vergangenen Jahren auf beiden Seiten entstanden ist, zu überwinden. Die Kirchen suchen das Gespräch mit der Landbevölkerung, indem sie ihre geistlichen und seelsorgerlichen Aufgaben wahrnehmen und zugleich zur Förderung der notwendigen Dialogkultur beitragen. In diese sollen die in der Landwirtschaft und im Tier- und Naturschutz Tätigen, die Verbraucher, die Organisationen der Entwicklungshilfe sowie die in Politik und Wissenschaft Tätigen einbezogen werden. Wir sind dankbar für das große Engagement unserer kirchlichen Dienste auf dem Lande für Menschen, die den Kirchen traditionell eng verbunden sind.

Die Kirchen erinnern daran, dass das Leben auf dem Land in besonderer Weise von der Erkenntnis geprägt ist, angewiesen zu sein auf die Gaben der Schöpfung. Dies wird uns in Zeiten einschneidender Naturkatastrophen, die ganze Ernten vernichten können, besonders bewusst. Im Gottesdienst empfangen Christen Gottes Gabe und antworten mit Gebet, Bekenntnis und Dank. Aus dieser Dankbarkeit heraus werden Christen zum Dienst an der Welt befreit und

---

3 S. Zur Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf. Ein Diskussionsbeitrag des Wissenschaftlichen Beirats des Beauftragten für Umweltfragen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover 1991[2]; Die Verantwortung des Menschen für das Tier, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn 1993.

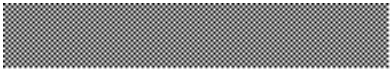
beauftragt. Wir hoffen, dass diese Schrift einen fruchtbaren Beitrag dazu leistet, gegenseitiges Verständnis in der Diskussion zu wecken, Entscheidungshilfen zu geben und die uns allen aufgegebene Achtung gegenüber der Schöpfung zu verwirklichen.

Bonn / Hannover, im März 2003



Karl Kardinal Lehmann

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz



Präses Manfred Kock

Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschla

Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft

Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft

Zusammenfassung ..... Seite 9 – 15

Ausführliche Fassung..... Seite 15 – 9

Zusammenfassung

Die Landwirtschaft in Deutschland, Europa und weltweit befindet sich in einem tiefen Umbruch: Große Erfolge in der Produktivitätssteigerung auf der einen Seite stehen ungleicher Verteilung, Preisdumping, zahlreichen Betriebsaufgaben sowie ökologischen Problemen gegenüber. Die seit 1992 eingeleiteten Reformen der europäischen Agrarpolitik mit einem komplexen System von Ausgleichszahlungen konnten Fehlentwicklungen nicht verhindern. Die gegenwärtige Situation ist für die soziale Lage der landwirtschaftlichen Familien, für die Volkswirtschaft und für die ökologische Situation von Boden-, Gewässer- und Tierschutz mit hohen Belastungen verbunden. Die große Zahl der Betriebsaufgaben ist Zeugnis einer existenziellen Not. Die in der Öffentlichkeit heftig diskutierten Krankheiten bzw. Skandale – BSE-Krise, Maul- und Klauenseuche – sind keine Einzelphänomene, sondern sind teilweise Ausdruck von Strukturproblemen der Landwirtschaft in der Zerreißprobe zwischen ökonomischen und ökologischen Erfordernissen.

Zugleich ist die weltweite Krise der Landwirtschaft ein Kernproblem globaler Gerechtigkeit: Während auf den Weltmärkten ein Überschuss an Nahrungsmitteln herrscht, die Preise immer weiter fallen und subventionierte Überschussprodukte aus den USA und der EU die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln in Entwicklungsländern zurückdrängen, ist es nicht gelungen, das Problem der Welternährung zu bewältigen. Der rapide Verlust an fruchtbarem Boden und der bedrohliche Rückgang der Verfügbarkeit von Wasser, das zu 70 % in der Landwirtschaft verbraucht wird, ist schon heute eine der primären Armutsursachen. Wirksame Armutsbekämpfung für die 800 Millionen hungernden Menschen ist nicht möglich ohne eine tiefgreifende Reform der globalen Agrarpolitik.

Die anhaltende Krise der Landwirtschaft ist nicht nur ein sektorales Problem, sondern Ausdruck einer umfassenden Krise im Verhältnis zur Natur und in der Gestaltung von Globalisierungsprozessen. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die durch neue Orientierungen und Kooperationen zwischen

unterschiedlichen Politikfeldern und Berufsgruppen sowie eine verhaltensrelevante Bewusstseinsveränderung der Verbraucherinnen und Verbraucher bewältigt werden kann. Soll die Landwirtschaft ihrer besonderen Verantwortung für die Schöpfung und die nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gerecht werden, braucht sie eine breite gesellschaftliche Unterstützung und Begleitung für neue Wege in die Zukunft. Daran mitzuwirken ist auch für die Kirchen eine substanzielle Aufgabe.

Der hier vorgelegte Text will dazu beitragen, ethische Orientierungen auf der Grundlage des Leitbilds der Nachhaltigkeit zu bieten und einen offenen Dialog über notwendige Reformen, tragende Werte und künftige Chancen der Landwirtschaft anzustoßen.

Verantwortung für die Schöpfung durch nachhaltiges Wirtschaften

Ethische Leitperspektive für eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist das Prinzip der Nachhaltigkeit, dem sich die Kirchen aus christlicher Schöpfungsverantwortung verpflichtet haben (vgl. „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Hannover / Bonn 1997). Dem Leitbild der Nachhaltigkeit entspricht auf der ordnungspolitischen Ebene eine an ökologischen und sozialen Kriterien orientierte Marktwirtschaft, die die Dynamik des Marktes mit sozialer Fairness und wirksamen Mitteln zum Schutz der Umwelt verbindet. Es ist Wegweiser für eine Integration ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange. Eine nachhaltige Landwirtschaft ist darauf ausgerichtet, die Natur in ihrer ganzen Vielfalt als Nahrungsquelle und Lebensraum zu nutzen und zu bewahren. Sie schützt Wasser, Boden und Luft im ursprünglichen Wortsinn als „Lebens-Mittel“ und achtet Tiere und Pflanzen als Geschöpfe Gottes.

Politische Reformen auf der Ebene der Europäischen Union

Für den Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft hat die Reform der europäischen Rahmenbedingungen zentrale Bedeutung. Diese sollte folgenden Zielen verpflichtet sein:

- Erhaltung und Förderung selbständiger, möglichst wettbewerbsfähiger und gleichwertig an der gesellschaftlichen Wohlfahrtsentwicklung beteiligter Landwirtschaftsbetriebe;

- schonende Nutzung von Boden und Wasser zur langfristigen Bewahrung ihrer lebenswichtigen Funktionen;

– verantwortlicher Umgang mit den Tieren durch eine ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechende Ernährung, Pflege und Unterbringung;

– Aufrechterhaltung einer an die ländlichen Räume angepassten Siedlungsstruktur sowie Schaffung und Erhaltung eines vielfältig gegliederten Landschaftsbildes;

– internationale Gerechtigkeit und Solidarität mit den Armen und Hungernden durch Schutz der Eigenproduktion von Nahrungsmitteln in Entwicklungsländern.

Die Zielkonflikte zwischen diesen unterschiedlichen Aspekten fordern von allen Seiten die Bereitschaft zu Kompromissen sowie zur Auseinandersetzung mit dem neuen Denken der Nachhaltigkeit, das auf Vernetzungen und Synergien zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Erfordernissen sowie auf globale und intergenerationelle Gerechtigkeit angelegt ist.

Notwendig sind verbindliche und europäisch sowie global abgestimmte Rahmenbedingungen für Anbauverfahren, Bewirtschaftungsformen und Tierhaltung. Die anstehenden politischen Reformen in der EU-Agrarpolitik sollten dazu genutzt werden, die notwendigen Umschichtungen der EU-Mittel aus dem Bereich der produktionsbezogenen Stützung in direkte Einkommenshilfen mit volkswirtschaftlichen, sozialen und ökologisch sinnvollen Leistungen zu verknüpfen. Die Reduktion der Dumping-Exporte aus der europäischen und nordamerikanischen Überproduktion auf die Märkte der Entwicklungsländer ist ein vorrangiges Ziel globaler Solidarität. Viele der aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zur Halbzeitbilanz der Agenda 2000 bieten gute Ansatzpunkte und Chancen für notwendige Reformen, die nicht verpasst werden sollten. Dabei sollte allerdings nicht verschwiegen werden, dass politische Reformen hinsichtlich der ökologischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen finanzielle Folgen haben, die nicht allen Beteiligten Besitzstandswahrung ermöglichen werden.

Neue Perspektiven für eine multifunktionale Landwirtschaft

Angesichts der tiefen Umbrüche und des hohen Wettbewerbsdrucks in der Landwirtschaft wird sich die zukünftige Landwirtschaft in Deutschland entweder auf wenige besonders ertragreiche landwirtschaftliche Anbauflächen zurückziehen oder als multifunktionale Landwirtschaft neue Perspektiven gewinnen. Dem

Ansatz der Nachhaltigkeit entspricht eine individuell an die jeweiligen Standorte und Möglichkeiten angepasste Kombination unterschiedlicher Einkommenssegmente: Neben der Erzeugung von Nahrungsmitteln, die auf besonders ertragreichen landwirtschaftlichen Anbauflächen weiterhin im Vordergrund stehen wird, werden z. B. Anbau und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe, Energiegewinnung aus Biomasse, Anbau von Arznei- und Gewürzpflanzen, Naturschutz und Landschaftspflegeleistungen, Direktvermarktung von Lebensmitteln oder Angebote von Ferien auf Bauernhöfen zu den Tätigkeitsfeldern der Landwirtschaft gehören.

Die Öffnung der Landwirtschaft für diese vielfältigen Aufgaben erfordert seitens der Gesellschaft, dass sie ein breites Spektrum landwirtschaftlicher Leistungen, das schon heute weit über den unmittelbar wirtschaftlich anerkannten Bereich der Vermarktung von Nahrungsmitteln hinausgeht, finanziell honoriert. Erst auf diesem Hintergrund können die Kriterien der Wettbewerbsfähigkeit für landwirtschaftliche Betriebe angemessen bestimmt werden. Die gesellschaftliche Verständigung über den großen externen Nutzen der Landwirtschaft – z. B. im Bereich der Kulturlandschaft oder der Sozialstruktur ländlicher Räume – schafft eine ethische Basis für die Förderung einer multifunktional auf diesen Gemeinwohlnutzen ausgerichteten Landwirtschaft. Für den schwierigen Weg zu einer solchen Neuorientierung, der nur mühsam durch innovative und wettbewerbsfähige Produkte, Vermarktungswege und Dienstleistungen erschlossen werden kann, sind die in der Landwirtschaft tätigen Menschen auf solidarische Unterstützung angewiesen.

Die Vielfalt der spezifischen Landschaften und Sozialstrukturen in Deutschland und anderen Ländern bedarf regionalspezifischer Landnutzungsformen, die sich behutsam und multifunktional an die jeweiligen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Standortgegebenheiten anpassen. Zur kreativen Vielfalt unterschiedlicher Landnutzung trägt die subsidiäre Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe wesentlich bei. In einigen Regionen haben sich kirchliche Bildungseinrichtungen und Verbände intensiv am Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen beteiligt, weil sie darin gute Chancen für eine nachhaltige Landwirtschaft und ein neues Identitätsbewusstsein der ländlichen Räume sehen. Wir begrüßen die Vorschläge der Halbzeitbilanz der Agenda 2000, die Regionalisierung durch geographische Markenzeichen, Regionalvermarktung und Herkunftsbezeichnungen fördern wollen.

Verbraucherverantwortung durch eine neue Kultur bewusster Ernährung

Nachhaltigkeit fordert nicht nur politische und institutionelle Reformen, sondern ebenso neue Wege in der praktischen Lebensgestaltung jedes einzelnen. Bezieht man das Nachhaltigkeitsprinzip auf die Ernährung, so bedeutet dies:

- mehr Transparenz in der Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungskette der Nahrungsmittel;
- klare Kennzeichnung der Produkte, gezielte Information und qualitätsbewusster Einkauf;
- Wertschätzung der Nahrungsmittel durch eine Kultur aufmerksamer Zubereitung und bewusster Ernährung.

Zahlreiche Zivilisationskrankheiten stehen in direktem Zusammenhang mit den Essgewohnheiten in unserer Gesellschaft. Die Kosten der ernährungsbedingten Krankheiten in Deutschland werden auf 65 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt; bei Lebensmitteln wird oft an der falschen Stelle gespart. Die Nachfrage nach qualitativ vielseitiger und mehr pflanzlicher Nahrung könnte eine Synergie zwischen Gesundheitsvorsorge und nachhaltiger Landwirtschaft bewirken.

Begleitung der Menschen in der Landwirtschaft – ein kirchlicher Auftrag

Zur Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft können die Kirchen wesentlich beitragen durch das Angebot von Dialogforen zwischen Landwirten, Verbrauchern, Futtermittelherstellern, Lebensmittelverarbeitern und Lebensmittelhändlern, Tier- und Naturschützern, Vertretern der Politik sowie Agrar- und Ernährungswissenschaftlern. Dieser Dialog kann u. a. in den vielfältigen Angeboten der Landvolkshochschulen, der Landvolk- und Landjugendbewegungen sowie der Stadt-Land-Partnerschaften verwirklicht werden. In der Seelsorge und der praktischen Hilfe für die landwirtschaftlich tätigen Menschen engagieren sich die Kirchen durch ihre Dienste auf dem Lande, Betriebshilfsdienste, landwirtschaftliche Familienberatungen und Dorfhelferinnen. All diese Initiativen sollen an die neuen Herausforderungen bei der Veränderung der Landwirtschaft angepasst, weitergeführt und verstärkt werden.

Die Kirchen engagieren sich weltweit durch ihre Entwicklungsdienste und Hilfswerke für die Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Ausbildung der Ärmsten. Gezielte armutsorientierte ländliche Entwicklungsprojekte ihrer Partner in Afrika, Asien oder Lateinamerika versuchen das Recht auf Nahrung exemplarisch

umzusetzen und konsequent die Kriterien der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. Auch politisch setzen sich Kirchen dafür ein. Dabei hoffen sie, dass solche Ansätze als Signale der Solidarität und der Neuorientierung wahrgenommen und von der Regierungspolitik in den jeweiligen Ländern auf breiter Basis fortgesetzt werden. Wir bitten alle Kirchenmitglieder, die Arbeit der Hilfswerke durch Spenden zu unterstützen.

In christlichen Festen, insbesondere im Erntedankfest, kommen Achtung und Dank im Umgang mit den Gütern der Schöpfung zum Ausdruck. Gerade weil Nahrungsmittel heute für viele im Überfluss vorhanden sind, bedarf es der bewussten Einübung einer solchen Haltung. Der Bewusstseinswandel im Umgang mit Tieren und Nahrungsmitteln schafft eine notwendige Basis für nachhaltige Landwirtschaft und ist ein Zeugnis für gelebten Schöpfungsglauben.

Ausführliche Fassung

1 Einführung: Anlass

(1) Die Krise der Landwirtschaft, die seit langem diskutiert wird, hat sich im vergangenen Jahrzehnt dramatisch zugespitzt. Eine Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft steht dringend an. Angesichts der Komplexität der Probleme besteht die Gefahr, dass an die Stelle einer nüchternen Bestandsaufnahme und einer von der ganzen Gesellschaft mitgetragenen Reform ein Abtausch von Schlagwörtern tritt und das Thema wieder von der Tagesordnung verdrängt wird. Aufgrund ihrer besonderen Nähe zur Natur ist die Landwirtschaft in besonderer Weise für die Schöpfung verantwortlich. Zur nachhaltigen Sicherung der Lebensgrundlagen sowie der weltweiten Ernährung sind Reformen unverzichtbar. Die christlichen Kirchen haben deshalb in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Beiträge für eine nachhaltige und sozial gerechte Ordnung der Landwirtschaft vorgelegt.4 Es ist die Absicht des vorliegenden Diskussionsbeitrages, eine breite Willensbildung innerhalb der Kirchen und in der Gesellschaft zu fördern. Damit soll zugleich der Konsultationsprozess der Kirchen zum Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997) aufgenommen und weitergeführt werden.

(2) Es wäre falsch und ungerecht, die Krise allein den in der Landwirtschaft tätigen Menschen anzulasten. Zunächst tragen sie die Hauptlast der Folgen. Kurzfristig gibt es Gewinner und Verlierer der Krise, langfristig sitzen aber die in

4 Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben bereits seit Beginn der 80er Jahre immer wieder Beiträge für eine Neuorientierung der Landwirtschaft vorgelegt, z. B. die Denkschrift der EKD „Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluss“ (Gütersloh 1984, 7. Auflage 1987), das Wort der deutschen Bischöfe „Zur Lage der Landwirtschaft“ (Bonn 1989), Erklärung der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischöfe „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“ (Bonn 1998) oder die Studie der Kammer für Entwicklung und Umwelt der Evangelischen Kirche in Deutschland „Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung“ (Hannover 2000).

der Landwirtschaft Tätigen, die Verbraucher und das Ernährungshandwerk im gleichen Boot. Es handelt sich um ein vielschichtiges und umfassendes Problem, das nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Solidarität gelöst werden kann. Solidarität schließt die kritische Unterstützung bei der Suche nach neuen, nachhaltigen Wegen der Landwirtschaftsentwicklung ein. Diese Solidarität muss sich nicht nur in der Politik bewähren, sondern ebenso im Verhalten aller Verbraucher, die mit ihrer Nachfrage nach Lebensmitteln aus umweltschonender Produktion, artgerechter Tierhaltung und regionaler Herkunft die in der Landwirtschaft Tätigen unterstützen können und damit eine ethische Mitverantwortung für die Produkte und Produktionsmethoden tragen. Die Zeit drängt, wenn die Sicherung der weltweiten Ernährung gewährleistet und die Vielfalt der Arten und Lebensräume sowie der traditionellen Kulturlandschaft bewahrt werden sollen.

(3) Über die allgemeinen Zielsetzungen für eine nachhaltige Agrarpolitik besteht in großen Teilen der Bevölkerung Einigkeit. Es geht um

- die weltweite Sicherung einer ausreichenden Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Produkten zu angemessenen Preisen;

- die Erhaltung und Förderung selbständiger, wettbewerbsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe bei einer breiten Streuung des Bodeneigentums in einem umweltfreundlichen sozialen Verpflichtungsrahmen;

- die angemessene Beteiligung der Land- und Forstwirtschaft an der Entwicklung des allgemeinen Einkommens;

- eine schonende Nutzung der Schöpfung zur langfristigen Bewahrung der Funktionstüchtigkeit örtlicher Naturhaushalte einschließlich der Bodengesundheit, Wasserqualität und klimatischen Stabilisierung;

- einen verantwortlichen artgerechten Umgang mit der Tierwelt;

- die Aufrechterhaltung einer tragfähigen Besiedlungsstruktur in den ländlichen Räumen und die Erhaltung eines vielfältig gegliederten Landschaftsbildes;

- glaubwürdige Beiträge zur Lösung der Welternährungsprobleme und zu einer gerechten Gestaltung der agrarwirtschaftlichen Außenbeziehungen.

(4) Im Blick auf die Bedeutung und Konkretisierung dieser Ziele muss angesichts vielfältiger Widerstände ein tragfähiger gesellschaftlicher Konsens erst noch gefunden werden. Ein solcher Konsens ist insbesondere deshalb dringend erforderlich, weil sich die internationalen und regionalen Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahrzehnten einschneidend verändert haben und die Gestaltungsspielräume für eine nachhaltige Landwirtschaft unter sich wandelnden Bedingungen nur in einer breiten gesellschaftlichen Kooperation erschlossen und erhalten werden können: Agrarpolitik findet heute nicht mehr ohne die Europäische Union statt; die heimische Landwirtschaft ist eng verflochten mit den Weltagrarmärkten; große Herausforderungen hat die Zusammenführung der ostdeutschen und der westdeutschen Agrarstrukturen nach der Vereinigung 1989 mit sich gebracht; die bevorstehende Osterweiterung der EU betrifft den Agrarsektor stärker als alle anderen Wirtschaftszweige. Auch das hohe Tempo der technischen Innovationen (z. B. grüne Gentechnik) führt zu tiefgreifenden Veränderungen, über die ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden sollte.

(5) Da es der Landwirtschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht möglich ist, die genannten Ziele zu erreichen, müssen sich Gesellschaft und Politik in den nächsten Jahren entscheiden, welche Art der Förderung sie gewähren wollen, welche Leistungen sie über die Nahrungsmittelproduktion hinaus von der Landwirtschaft erwarten und welche Mittel und welchen ordnungspolitischen Rahmen sie dafür bereit stellen wollen. Es geht um langfristig folgenreiche Entscheidungen, die eine gesamtgesellschaftliche Verständigung über die ethischen Ziele und Prioritäten voraussetzen.

(6) In der Aktualisierung und Weiterführung eigener kirchlicher Beiträge will der hier vorgelegte Diskussionsbeitrag einige grundlegende Wertorientierungen in die Diskussion einbringen, Denkanstöße für die dringend erforderliche Neuordnung der Landwirtschaft geben und Verantwortung in Politik und Gesellschaft anmahnen. Er will den in der Landwirtschaft Tätigen Mut machen, Verständnis für die Sorgen und Nöte der bäuerlichen Familien in der Bevölkerung fördern und manche Verbrauchergewohnheiten im Umgang mit Lebensmitteln in Frage stellen. Er ruft Christinnen und Christen in ihren privaten, beruflichen und kirchlichen Handlungsfeldern zu einem reflektierten und wirkungsvollen Engagement auf. Er richtet sich in besonderer Weise an die Verantwortlichen in der Politik. Die EU-Agrarpolitik ist 1992 und im Rahmen der Agenda 2000 reformiert worden, indem die Preisstützung auf wichtigen Agrarmärkten abgebaut und flächen- bzw. tierbezogene Ausgleichszahlungen eingeführt wurden. Die Maßnahmen der ländlichen Entwicklung und zur Förderung der Umwelt wurden

in einer 2. Säule der Agrarpolitik gebündelt. Mit dem Agenda-Beschluss wurde auch der Finanzrahmen für die Agrarpolitik von 2000 bis 2006 festgelegt. Gemäß Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom März 1999 sollten im Jahr 2003 die Marktordnungen sowie die Agrarausgaben der EU einer Halbzeitbilanz (mid-term-review) unterzogen werden. Die anstehende Halbzeitbilanz sollte zum Anlass genommen werden, eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik an veränderte Rahmenbedingungen einzuleiten, die in eine umfassende Reform der europäischen Agrarpolitik münden und möglichst viele Marktordnungen einbeziehen soll.

1 Situationsbeschreibung

0.1 Strukturwandel

(7) Der überaus tiefe Strukturwandel, der sich in der Landwirtschaft seit längerer Zeit mit hohem Tempo vollzieht, hat einerseits eine ausreichende Ernährung in der Europäischen Union sichergestellt, zugleich aber auch zu ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen geführt, die sich zunehmend wechselseitig beeinflussen. Ökonomisch war die Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten in den Industrieländern gekennzeichnet durch einen zunächst zunehmenden, inzwischen aber teilweise wieder verringerten Einsatz von Düngemitteln. Auch ertragssteigerndes Saatgut, mechanische Rationalisierungsmaßnahmen und die chemische Unterstützung der Bodenbearbeitung, ein hoher Einsatz von Pestiziden sowie die Aufstockung und Rationalisierung der Viehhaltung, insbesondere in der Geflügel- und Schweinehaltung, führten in Deutschland zu einer kontinuierlichen Erhöhung der Flächen- und Arbeitsproduktivität und damit zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um jährlich 2,5 – 3 % bei einem gleichzeitigen Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 0,7 %. Diese Entwicklung wurde seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft forciert und beginnt allmählich auch die Strukturen der neuen Beitrittsländer der Europäischen Union zu erfassen.

(8) Konnte im Jahr 1950 ein Landwirt zehn Personen mit seiner Produktion ernähren, so waren es 1985 bereits 65 Personen und sind es heute 1195. Diese Entwick-

5 Deutscher Bauernverband, Situationsbericht. Trends und Fakten zur Landwirtschaft, Bonn 2002, S. 28.

lung hat einen dramatischen Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft nach sich gezogen. Gleichzeitig stieg aber die Zahl der Beschäftigten in den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereichen. Parallel zu den Ertragssteigerungen erfolgte in der Landwirtschaft ein Konzentrationsprozess, der zur Abnahme der Zahl von Betrieben, zu betrieblicher Spezialisierung, der Herausbildung einer bodenunabhängigen Tierhaltung und der Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgrößen und Flächenausstattung führte. Zugleich kam es auch zur räumlichen Konzentration der Produktion und der Bildung größerer Betriebe in standortbegünstigten Agrarregionen. Aus den weniger begünstigten Gebieten zog sich die Landwirtschaft zurück, vor allem aus Mittelgebirgslagen und Grünlandgebieten.

(9) Seit 1960 wurden in Deutschland zwei Drittel aller Höfe aufgegeben. Während 1960 noch ca. 2 Mio. Vollerwerbskräfte in der westdeutschen Landwirtschaft gearbeitet haben, waren es im Jahr 1999 im vereinigten Deutschland nur noch 382 5006. Die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) sind von 316 000 im Jahr 1992 auf 202 000 im Jahr 2001 um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Immer mehr Betriebe wechseln in den Nebenerwerb. Auf vielen Höfen steht ein Generationswechsel an. 22 % der Höfe haben keinen Hofnachfolger, in vielen Fällen ist die Hofnachfolge ungeklärt7. Die relativ geringe Zahl der jungen Berufseinsteiger lässt in der nächsten Generation einen Rückgang auf ein Drittel der heutigen Vollerwerbsbetriebe erwarten. Die Öffnung der europäischen und globalen Märkte hat den Verdrängungswettbewerb beschleunigt und wird ihn künftig weiter anheizen. Dabei wird die Landwirtschaft als reiner agrarischer Rohstoffproduzent mehr und mehr ein abhängiges Glied zwischen vorgelagertem Sektor (z. B. Chemie-, Futtermittel-, Saatgut- und Landmaschinenindustrie) und nachgelagertem Sektor (Be- und Verarbeitungsindustrien der Ernährungswirtschaft, Groß- und Einzelhandel). Der Strukturwandel in der Landwirtschaft findet seine Parallele im Konzentrationsprozess des vor- und nachgelagerten Bereiches. So etwa im Lebensmitteleinzelhandel, wo die fünf größten Handelsgruppen inzwischen 62,4 % des Marktanteiles halten8. Langfristig stellt sich daher die Frage, ob die wichtigen gesellschaftlichen

---

6 Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), Agrarbericht 2001, Bonn 2001, S. 9.

7 Deutscher Bauernverband, Situationsbericht, aaO., S. 94.

8 AaO., S. 238.

Funktionen der Landwirtschaft, nämlich

- Ernährungssicherung durch die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel,
- Schonung der natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft,
- infrastrukturelle, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belebung der ländlichen Räume und
- Pflege der Kulturlandschaft und Erhalt der Artenvielfalt,

von immer weniger, jedoch zunehmend kapitalintensiv und einseitig auf Ertragssteigerung ausgerichteten Betrieben überhaupt noch erfüllt werden können.

(10) Weltweit bahnt sich mit der Gentechnik in der Landwirtschaft und der Ausweitung geistiger Eigentumsrechte auf alle Elemente des Lebens und der Natur durch entsprechende Patentierungen eine neue grüne Revolution an, die zu tiefgreifenden Veränderungen in Produktion, Handel und Ernährung führt. Im Blick auf die Schädlingsresistenz und die gezielte Veränderung einzelner Eigenschaften (z. B. Vitaminanreicherung bei Reis) hat die grüne Gentechnik Erfolge vorzuweisen. Es fehlt jedoch an einer umfassenden und langfristigen Abschätzung der vielschichtigen Chancen und Risiken. Eine breite Umsetzung der großen Versprechungen ist bisher ausgeblieben. So wird die Grüne Gentechnik von den einen als große Hoffnung der weltweiten Armutsbekämpfung angesehen, von den anderen als der Einstieg in die Abhängigkeit landwirtschaftlicher Betriebe von großen transnationalen Konzernen, die sich die Kontrolle über Pflanzen, Saatgut und Nutztiere mit Hilfe von Patenten aneignen. Die Ambivalenz der Entwicklung liegt auf der Hand und nötigt zu einer grundsätzlichen Reflexion über die Leitwerte einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und Agrarpolitik.

(11) Primär durch Unterstützung vorhandener Strukturen im Ernährungsbereich gibt die EU rund 50 Mrd. Euro pro Jahr für Agrarsubventionen und direkte Einkommenshilfen aus. Davon werden 38 Mrd. für die Produktionsregelung einschließlich der Lagerung und Vernichtung von Lebensmitteln verwendet. Bisher hat die gegenwärtige Subventionspolitik eine ökologisch negative Steuerungswirkung und kann langfristig auch sozial keine hinreichende Sicherheit schaffen. Die Interessengegensätze der EU-Mitgliedsländer und unterschiedliche Bewertungen der Situation behindern die Einigung auf eine nachhaltige Reform, die ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähig wäre. Die ökonomischen Vorteile der Produktivitätssteigerungen werden von immer größeren Gemeinlasten und Sozial-

kosten – nicht zuletzt bei der Trinkwassergewinnung – aufgezehrt. Die Verbraucher und die aufkaufenden Betriebe der Ernährungswirtschaft profitieren von den deutlich gefallenen Preisen für landwirtschaftliche Rohstoffe. Die in der Landwirtschaft Tätigen müssen ihre Produkte unter den Herstellungskosten verkaufen und erhalten zum Ausgleich staatliche Zuschüsse. Für den Welthandel bedeuten die auf diese Weise künstlich gesenkten Preise ein wettbewerbsfeindliches Dumping, das gegenüber den Anbietern aus anderen Weltregionen, die keine Subventionen erhalten, ungerecht ist.

0.1 Soziale Situation in der Landwirtschaft

(12) Die in der Landwirtschaft Tätigen sind von den genannten strukturellen Umbrüchen sozial und ökonomisch stark belastet, wobei es auch hier Gewinner und Verlierer gibt. In den neuen Bundesländern brachte die Wiedervereinigung einen sehr abrupten Strukturwandel mit sich. Der größte Teil der ehemaligen LPG- Arbeitsplätze ging verloren. Einige wenige hatten den Mut, als „Wiedereinrichter“ eine selbständige landwirtschaftliche Existenz aufzubauen. Viele von ihnen haben es nicht durchgestanden. Die erfolgreichen Wiedereinrichter haben heute in der Regel Betriebsstrukturen, die äußerst wettbewerbsfähig sind. Dafür musste jedoch ein hoher Preis der sozialen Verwerfung auf dem Lande bezahlt werden. Viel Land ging an Betriebsleiter, die aus dem Westen kamen und die Gunst der Stunde zu ihrem Vorteil nutzten. Der meiste ackerfähige Boden wird von LPG-Nachfolgeorganisationen bewirtschaftet. Meist waren es Personen aus der ehemaligen LPG- Leitung, die eine Gruppe ehemaliger Mitarbeiter zusammenführten und ein neues Unternehmen gründeten.

(13) Heute zeigt sich, dass die Personengesellschaften und die Juristischen Personen in der Landwirtschaft insgesamt in der Bundesrepublik inzwischen sogar ein wenig erfolgreicher gewirtschaftet haben als die Einzelunternehmen9. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass diese Großbetriebe politisch äußerst verletzlich sind, denn sie existieren vor allem auf der Grundlage der Hektar- und Tierprämien der EU. Die sich politisch abzeichnenden Programme der degressiven Staffelung dieser Prämien nach Betriebsgröße und die diskutierten Maßnahmen zur artgerechten Tierhaltung sind für einige dieser Betriebe existenzgefährdend. Eine arbeitsplatzfördernde Struktur der zukünftigen Agrarprogramme würde sich weniger an der Betriebsgröße der Unternehmen als an der Zahl ihrer

9 Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), aaO., S. 27 (Schaubild 11).

Beschäftigten orientieren.

(14) Auf den bäuerlichen Familienbetrieben Westdeutschlands lastet der Entscheidungsdruck im Blick auf „Wachsen, Neuorientieren oder Weichen“, um eine passende Antwort auf den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu finden. Folgende Entwicklungen prägen ihre soziale Lebenssituation: Für viele Ehepaare in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben ist es eine schmerzliche Erfahrung, dass sich ihre Kinder nicht zur Hofnachfolge entschließen können. Die fehlende Hofnachfolge verhindert Wachstum, zugleich aber erfordert die noch mehrjährige Berufstätigkeit bis zum Rentenalter die betriebliche Existenzsicherung. Die Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter versuchen, mit niedrigen Einkommen ein Auskommen für sich und ihre Familien zu erwirtschaften. Solche Betriebe fühlen sich technisch und wirtschaftlich abgehängt und sichern ihre Marktfähigkeit durch ein hohes Maß an Überarbeit und Konsumverzicht.

(15) Die jüngeren landwirtschaftlichen Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter sind auf der Suche nach einer Weichenstellung für die betriebliche Zukunftssicherung. Dabei stehen sie im Spannungsfeld der unterschiedlichsten Empfehlungen aus Agrarwissenschaft, Agrarpolitik und Gesellschaft: Neuorientierung der Existenzsicherung im Wettbewerb entweder durch Größenwachstum oder veränderte Betriebsausrichtung, z. B. Umstellung auf ökologischen Landbau oder neue Dienstleistungen. Auch die jungen landwirtschaftlichen Familien spüren ein enormes Übermaß an Arbeitsbelastung, das wenig Zeit für Familie und Freizeit lässt. So sind soziale Spannungen innerhalb der Familie und psychosoziale Problemlagen immer häufiger anzutreffen, wie die Berichte der landwirtschaftlichen Familienberatung der Kirchen belegen.

(16) Ältere Betriebsleiter und Altenteiler, die den Hof bereits übergeben haben, aber oft noch intensiv mitarbeiten, empfinden zunehmend Unverständnis für das Spannungsverhältnis, in das die heutige Landwirtschaft geraten ist. Über Jahrzehnte hinweg war landwirtschaftliche Produktivitätssteigerung das ausschließliche Ziel, an dem sich die Agrarpolitik und die landwirtschaftliche Praxis orientierten. Die neuen ökologischen, tierethischen und kulturellen Erwartungen unterschiedlicher Gruppen der Gesellschaft werden oft nur als Zumutung, selten als Chance wahrgenommen. Nach eigenem Selbstverständnis haben sie als „ordentliche“ Landwirtinnen und Landwirte immer mit der Natur gewirtschaftet, so dass sie Tierschutz, Umweltschutz oder Landschaftspflege als selbstverständlichen Bestandteil ihrer Tätigkeit ansehen, der nicht erst von außen eingefordert werden muss. Viele sehen ihr Lebenswerk in Frage gestellt.

(17) Eine besondere Rolle in der sozialen Lage der Landwirtschaft nehmen die Frauen ein. Als Ehefrau eines Betriebsleiters oder als Betriebsleiterin sind sie nicht nur von den vielfältigen betrieblichen Umstellungen in hohem Maße mit in Anspruch genommen, sondern müssen auch die oft schwieriger werdenden familiären Kommunikations- und Organisationsprozesse, die Kinder- und Altenbetreuung sowie die Einbindung in soziale Netzwerke bewältigen, die sich auf dem Land besonders stark verändern. Gerade die heute politisch gewollte Multifunktionalität in Form vielfältiger landwirtschaftlicher Dienstleistungen bindet die Frauen in eine neue, zusätzliche Verantwortung für die betriebliche Einkommensentwicklung mit ein. Fällt eine Arbeitskraft plötzlich wegen Scheidung, Krankheit oder Tod aus, bricht die gesamte Betriebsorganisation zusammen. Dies wiederum belastet die psychosoziale Situation der Betroffenen sowie die reale Existenzchance des Betriebs erheblich.

(18) Der Wandel der klassischen Bäuerinnenrolle führt in vielen bäuerlichen Familie zu erheblichen Orientierungsschwierigkeiten und oftmals zu Generations- und Partnerschaftskonflikten. Viele jüngere Frauen bringen eine eigene, oft außerlandwirtschaftliche berufliche Qualifikation mit und wollen diese auch zur Geltung bringen. In der Praxis führt der berechtigte Wunsch nach eigenständiger außerlandwirtschaftlicher Beruftätigkeit zu erheblichen Spannungen, da die Wahrnehmung der vielfältigen Betriebsaufgaben auf die intensive Mitarbeit der Frauen ebenso wie auf die Unterstützung der Altenteiler angewiesen ist. So stehen dem Zugewinn durch eine Vielzahl neuer beruflicher Qualifikationen der Frauen oft konfliktreiche Erfahrungen im Wandel des traditionellen Gefüges aus Altenbetreuung, Kindererziehung, Haushaltsführung sowie Mitarbeit im landwirtschaftlichen Betrieb gegenüber. Die Suche nach der Vereinbarkeit von Familie, Erwerbstätigkeit und Freizeitgestaltung ist gerade für die Landwirtschaft eine große Herausforderung und führt zu neuen Formen des partnerschaftlichen und familiären Zusammenlebens.

(19) Das traditionelle Berufsverständnis der Landwirtinnen und Landwirte wird mit gesellschaftlichen Anfragen konfrontiert, auf die sie weder durch ihre Ausbildung noch durch ihren Berufsstand oder die Agrarpolitik hinreichend vorbereitet sind. Dabei erfahren sie sich als in ihrer sozialen Stellung verunsichert und oft einseitig mit ökologischen und kulturellen Erwartungen konfrontiert, die sie in der Praxis ohne agrarpolitische oder gesellschaftliche Rückendeckung nicht wahrnehmen können. Hier besteht ein wichtiger seelsorgerlich-diakonischer Auftrag für die Kirchen. Sie versuchen, in konkreten Problemsituationen die in der Landwirtschaft Tätigen mit ihren Familien zu begleiten und in Gesellschaft

und Politik um Verständnis für ihre schwierige berufliche und soziale Positionsfindung im Übergang zu einer Neuorientierung der Landwirtschaft zu werben. Dabei kann an viele positive Entwicklungen angeknüpft werden, wie z. B. die neuen Chancen für Berufskombinationen, Freizeitgestaltung und Frauenrollen in vielen landwirtschaftlichen Betrieben. Bei allen Schwierigkeiten der heutigen Situation ist nicht zu übersehen, dass es gerade in Deutschland eine Vielzahl prächtiger, hervorragend geführter Höfe und intakter Familiengemeinschaften gibt.

0.1 Umweltbelastungen

(20) Das Leitbild der Produktivitätssteigerung (EWG-Vertrag, Art. 39) ist seit 1957 unverändert in Kraft. Eine an der Erhöhung der Arbeitsproduktivität orientierte Praxis gerät jedoch zunehmend in Konflikt mit dem Schutz der Vielfalt des Lebens, der Komplexität ökologischer Systeme, den Erwartungen an Transparenz und Sicherheit in der Lebensmittelproduktion sowie den Anforderungen an Tierschutz, Naturschutz und Landschaftspflege. Die Agrarreform von 1992 hat zwar einige Verbesserungen erbracht (z. B. die Förderung „umweltgerechter und den natürlichen Lebensraum schützender landwirtschaftlicher Produktionsverfahren"), eine umfassende Trendwende blieb bisher jedoch aus.

(21) Aktuelle Problembereiche sind vor allem: Nitrateintrag in die Gewässer, Artenrückgang mangels geeigneter und entsprechend vernetzter Biotope auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen, verarmte Fruchtfolgen und Rückstandsprobleme aus dem Pestizideinsatz. Weltweit wird die Bodenfruchtbarkeit an zahlreichen Standorten durch Erosion und nicht standortangepassten Pflanzenbau gefährdet.

(22) Da die negativen ökologischen Wirkungen in der Regel erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung spürbar werden, orientiert sich die Landwirtschaft häufig am Ziel der kurzfristigen Ertragssteigerung, ebenso wie Verbraucherinnen und Verbraucher oftmals billige, aber nicht umweltgerecht produzierte Lebensmittel bevorzugen. Viele in der Landwirtschaft Tätige sehen aufgrund des hohen Wettbewerbdrucks keinen Ausweg aus diesem Dilemma. Weite Teile der Bevölkerung sind noch nicht bereit, einen größeren Teil ihres Einkommens für qualitativ hochwertigere, gesundheitlich und ökologisch unbedenkliche Nahrungsmittel zu verwenden. So ist die Landwirtschaft heute zum Seismographen einer gesellschaftlichen Entwicklung geworden, der die Balance zwischen Ökologie und Ökonomie verloren gegangen ist. Deutlich zeigt sich dies auch in einem ständig steigenden

Landschaftsverbrauch, bei dem fruchtbare Böden in Gewerbe-, Siedlungs- und Freizeitflächen umgewidmet werden.

0.1 Fragen des Tierschutzes

(23) Die Tierhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben ist seit Jahrzehnten von einer enormen Produktionssteigerung und Intensivierung geprägt. Arbeitsteilige Produktionsmethoden, steigender Maschineneinsatz und zunehmende Mobilität sind Kennzeichen dieser Entwicklung. Spätestens seit dem Aufkommen von BSE (Bovine Spongiforme Enzephalopathie), dem Ausbruch von Schweinepest und MKS (Maul- und Klauenseuche) sind die Grenzen moderner Produktionsmethoden auch für die Öffentlichkeit sichtbar, für die betroffenen Landwirte ökonomisch und psychisch schmerzhaft und für die Steuerzahler sehr teuer geworden.

(24) Das gesamte System von Züchtung, Haltung, Fütterung, Transport, Vertrieb und Verzehr von Tieren ist zu hinterfragen. Dabei muss die problematische Gesamtentwicklung der kommerziellen Nutzung von Tieren für den massenhaften menschlichen Konsum insgesamt in den Blick genommen werden. Dies kommt meist zu kurz bei den öffentlich diskutierten Einzelaspekten wie Artgerechtigkeit der Haltung, Einsatz verbotener Futtermittel und Tiermedikamente, Tiertransport über weite Strecken, massenhafte Vernichtung männlicher Küken gleich nach der Geburt, Verfütterung von Tiermehl aus Kadavern oder der hohe prophylaktische Medikamenteneinsatz, vor allem in modernen Großställen.

(25) Die gesamte landwirtschaftliche Tierhaltung ist einem extremen ökonomischen Verwertungsdruck ausgesetzt, der bereits globalisiert ist. Die problematischen Methoden sind Teil einer Intensivtiernutzung, bei der das einzelne Tier unter dem Gesichtspunkt der Erzielung maximaler Leistungen in immer kürzerer Zeit betrachtet wird. Auf dieses einseitige Ziel hin wurden mit wissenschaftlicher Akribie die Züchtung der Hochleistungsrassen betrieben, die Fütterungsmethoden entwickelt, die Stalltechnologie erprobt und die Verarbeitungs- und Vertriebswege konzipiert. Die Kehrseite eines so hohen Leistungspotentials liegt in einer höheren Krankheitsanfälligkeit der Tiere und Bestände. Insgesamt dient die Intensivtiernutzung einem extrem hohen Pro-Kopf-Verbrauch tierischer Produkte, der auch aus gesundheitlichen Gründen zu hinterfragen ist.

(26) Die Empörung über die Keulung von ganzen BSE-Rinderbeständen und über die entsetzlichen Bilder von brennenden Kuhkadaverbergen hat viele Verbraucher zu einem Aufschrei und einer Infragestellung ihres Einkaufsverhaltens veranlasst,

die Mehrzahl allerdings nur für wenige Monate. Offenbar sind die Bewusstseinsbildungsprozesse und politischen Maßnahmen nicht nachhaltig genug, um tragfähige Zukunftschancen für eine breite Schicht von Bauernhöfen mit neuen Methoden und Strukturen in der Fleischwirtschaft aufzubauen. Es fehlt an Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie und Verbrauchern für den mühsamen Prozess einer Neuorientierung im Umgang mit landwirtschaftlichen Nutztieren.

Probleme der Landwirtschaft im Rahmen der Ost-Erweiterung der EU

(27) Im Juni 1993 beschloss der Europäische Rat bei seinem Treffen in Kopenhagen, den mittel- und osteuropäischen Ländern Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn Beitrittsperspektiven zur EU zu eröffnen. Im Juni 1997 empfahl die Kommission, die Beitrittskandidaten in zwei zeitlich aufeinanderfolgenden Gruppen zu behandeln. Nachdem der Europäische Rat dieses Vorgehen bei einer Tagung im Dezember 1997 in Luxemburg gebilligt hatte, sind seit Dezember 2002 zehn Staaten (Estland, Polen, Slowenien, die Tschechische Republik, Zypern, Lettland, Ungarn, Litauen, die Slowakei und Malta) zum Beitritt eingeladen, der Beitritt zweier weiterer Staaten – Rumänien und Bulgarien – ist erst für eine spätere Phase vorgesehen.

(28) In allen diesen Ländern hat ein starker Wandel des landwirtschaftlichen Sektors eingesetzt. In der Zeit des wirtschaftlichen Rückganges nach der Marktöffnung der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) ist oft auch die landwirtschaftliche Produktion in eine dramatische Krise geraten; in der tschechischen Republik betrug der Produktionsrückgang Anfang der neunziger Jahre über 30 Prozent.

(29) Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um diese Krise zu bewältigen, haben die Lebensumstände der Menschen auf dem Land oftmals nicht verbessert. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt ist in den MOEL weiter zurückgegangen. Viele Bauern – vor allem jene mit kleinen Betrieben – sind mit den neuen Anforderungen, die die Privatisierung gebracht hat, nicht zurecht gekommen. Die Produktionskosten sind häufig viel schneller gestiegen als die Erlöse, die sie für die landwirtschaftlichen Produkte erzielen konnten. Die staatlichen Subventionen sind in vielen dieser Länder zurückgegangen, die schwache Kaufkraft der Bevölkerung und steigende ausländische Konkurrenz – oftmals mit Produkten aus der EU, deren Produktion sehr stark subventioniert wird – bedeuteten für viele Bauern, dass sie ihre neu gewonnene Unabhängigkeit wieder

aufgeben oder sich in nahezu auswegloser Weise verschulden mussten.

(30) So ist beispielsweise in der tschechischen Republik der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft von 9,9 Prozent im Jahre 1989 auf unter 4 Prozent im Jahre 1999 zurückgegangen. Der durchschnittliche Lohn eines Angestellten in einem landwirtschaftlichen Betrieb lag 1989 noch bei 109 Prozent des tschechischen Durchschnittslohnes; 1999 lag diese Kennziffer nur noch bei 75 Prozent. Dieser Entwicklungsweg ist – sieht man sich die Landwirtschaft in den EU-Ländern an – in den MOEL noch lange nicht an ein Ende gekommen. In den Ländern Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Malta sind die damit verbundenen Probleme weitaus gravierender. In Rumänien arbeiten im Jahre 2000 noch fast 43 Prozent aller Beschäftigten und über 70 Prozent der Arbeitskräfte in ländlichen Gebieten in der Landwirtschaft. Nur zwischen 0,1 und 1 Prozent der ländlichen Bevölkerung hat in Rumänien einen Universitätsabschluss, fast 8 Prozent der ländlichen Bevölkerung hat keinerlei Schulbildung. Über 72 Prozent der Höfe sind kleiner als 3 Hektar und werden unter den neuen Wettbewerbsbedingungen kaum wirtschaftlich betrieben werden können.

(31) Aufgrund dieser Ausgangsbedingungen lassen sich westliche Entwicklungskonzepte nur mit allergrößten Problemen auf die MOEL übertragen – zumindest nicht mit der Geschwindigkeit, die durch die Erfüllung des „acquis communautaire“ der vollständigen Übernahme des EU-Rechts – eigentlich vorgegeben ist. Es muss überlegt werden, ob der Begriff der Wettbewerbsfähigkeit in den ländlichen Regionen der MOEL nicht zumindest zunächst nur im Rahmen einer starken Förderung des Aufbaues lokaler und regionaler Strukturen sinnvoll definiert werden kann. Bislang sind diese Regionen nicht nur durch die geschilderte Verschlechterung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen negativ betroffen. In der Regel haben sie auch sonst unter gravierenden Standortnachteilen zu leiden: eine schlechte Infrastruktur, vor allem wenig effiziente öffentliche Verkehrsmittel, eine schlechte Gesundheitsversorgung und keine ausreichenden Bildungsangebote.

(32) Ein sehr kleiner Teil der Bauern in den MOEL wird im zunehmenden globalen Wettbewerb bestehen können. Ein weiterer, noch kleinerer Teil wird überleben können, indem er ökologische und regionale Nischen besetzt, die auch für die internationalen Märkte interessant sind, etwa bei Gewürzen oder Heilkräutern. Es wäre zu prüfen, welche innovativen Elemente einer multifunktionalen Landwirtschaft unter den mittel- und osteuropäischen

Bedingungen entfaltet werden können. Gute Chancen dafür bieten beispielsweise die relativ niedrigen Arbeitslöhne sowie die große biologische und landschaftliche Vielfalt. Aber der duale Charakter der Landwirtschaft in den MOEL bedeutet, dass nicht nur in diese auch nach konventionellem Verständnis wettbewerbsfähigen Bereiche investiert werden muss. Der weitaus größere Teil der Landwirtschaft besteht aus Betrieben, die im Grunde fast schon einer Subsistenzwirtschaft zuzuordnen sind, die aber eine bedeutende Rolle als soziales Sicherungssystem in ländlichen Gebieten spielen, auf das auf mittlere Sicht nicht verzichtet werden kann. Auch wenn man nur 50 Prozent der durchschnittlichen Produktivität eines landwirtschaftlichen Betriebes in der EU erreichen wollte, würde dies in den 10 MOEL-Beitrittsländern mindestens 4 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz kosten. Die gesellschaftlichen Kosten, die die persönlichen Schicksale dieser Menschen bedeuten würden, lassen sich nicht beziffern.

(33) Es ist völlig unstrittig, dass die geschilderten Entwicklungen nicht mehr aufgehalten werden können – sie können nur noch in ihren Folgen für die Betroffenen abgemildert werden. Vor allem aber müsste es in den EU-Ländern und den MOEL zu einer realistischen Debatte darüber kommen, welche Leistungen man von der Landwirtschaft als Teil der Ökonomie erwartet und welche nicht unmittelbar marktfähigen Leistungen sie für die Menschen erbringen sollte, die in ländlichen Regionen leben. Beide Zielbereiche werden nur in Kooperation und nicht in Konfrontation erfüllt werden können, wenn

– das natürliche Kapital der ländlichen Regionen, insbesondere deren Biodiversität erhalten wird, da sonst keine Gerechtigkeit zwischen den Generationen entstehen kann;

– das Schicksal armer Bauern und armer ländlicher Gegenden besondere Aufmerksamkeit erfährt, da sie auf mittlere Sicht keine Wettbewerbsfähigkeit herstellen können;

– die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der EU so verändert wird, dass sie ausreichend Zeit für Anpassungsprozesse lässt, da die sozialen Kosten den Gewinn durch Produktionssteigerungen sonst bei weitem überschreiten, und

– hohe Aufmerksamkeit auf die Förderung lokaler und regionaler ökonomischer Strukturen gerichtet wird, da so die traditionellen ländlichen sozialen Sicherungssystemen graduell erhalten und weiter genutzt werden können.

0.1 Steigerung des Wettbewerbdrucks und Benachteiligung der Entwicklungsländer

(34) Die Globalisierung der politischen, ökonomischen und technologischen Prozesse in nahezu allen Lebensbereichen hat unter anderem zur Folge, dass sektoral orientierte Politikmuster keine effizienten Problemlösungen mehr hervorbringen. Auch die Landwirtschaft wird verstärkt in gesamtwirtschaftliche Interessen und globale Verantwortung eingebunden. Maßgebliche Rahmenbedingungen hierfür werden von der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) bestimmt. In ihr gibt es ein erstes völkerrechtlich-verbindliches Abkommen über Landwirtschaft. Ziele sind die umfassende Weltmarktintegration und schrittweise Liberalisierung des Weltagrarmarktes. Die Vertragsstaaten haben sich in diesem Abkommen darauf verständigt, die landwirtschaftlichen Zollsätze abzubauen (36 % von 1995 bis 2001), die interne Stützung zurückzuführen (um 20 %), den internationalen Handelspartnern einen Marktzugang von mindestens 5 % zu gewähren und die subventionierten Agrarexporte um 36 % zu reduzieren.10

(35) Seit 1999 wurden in der WTO die Diskussionen mit dem Ziel weiterer Agrarliberalisierung fortgeführt; seit Beginn 2002 laufen die Verhandlungen über ein neues Agrarabkommen, die noch 2003 abgeschlossen werden sollen. Die letzte Verhandlungsrunde hat noch keine direkten Folgen für die europäischen Landwirte im Blick auf Subventionsabbau und Marktkonkurrenz mit Drittlandprodukten gezeitigt; aber die gegenwärtigen Verhandlungspositionen der Vertragsstaaten lassen vermuten, dass der nächste Vertrag fühlbare Einschnitte bringen wird. Schon jetzt hat die WTO bewirkt, dass die Unterstützung der Landwirtschaft stark umgeschichtet wurde: weg von Preis- und Mengenstützung hin zu direkten Einkommensübertragungen. Den in der Landwirtschaft Tätigen ist dadurch ihre starke Abhängigkeit von staatlicher Einkommenssicherung spürbar geworden. Damit dieser Weg der Ergänzung des landwirtschaftlichen Einkommens angenommen wird, muss er zumindest mittelfristig verlässlich gesichert sein.

(36) Künftig ist mit einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs zu rechnen. Gründe dafür sind die fortschreitende Liberalisierung des Weltmarktes sowie die Osterweiterung der EU, die zu einer Öffnung unserer Märkte für landwirtschaftlich orientierte Länder mit niedrigem Lohnniveau führen wird. Zu den gegenwärtigen Weltmarktpreisen können unter europäischen Verhältnissen

10 WTO, The results of the Uruguay round of the multilateral Trade Negotiations – The Legal Texts, Geneve 1995, S. 39 ff.

nur wenige kostendeckend produzieren. Die bisherigen Export-Subventionen und andere Exportdumpingmethoden sowie die Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion in Schwellenländern haben ruinös niedrige Preise auf den Weltmärkten bewirkt, tragen so zur Destabilisierung des Weltmarktes für Agrarprodukte bei und verhindern weltweit ökonomisch und ökologisch sinnvolle Anpassungen.

(37) In den meisten Entwicklungsländern wird die einheimische Nahrungsmittelproduktion auf die Exportlandwirtschaft umgepolt, während gleichzeitig die Nahrungsmittel zur Ernährung importiert werden, weil sie auf den Weltmärkten durch das Dumping der Industrieländer billiger zu haben sind. Immer mehr Länder, die sich früher selbst ernährt haben, werden zu Nettoimporteuren von Nahrungsmitteln. Mit diesem Prozess ist ein erheblicher Strukturwandel verbunden, denn für die Exportmärkte qualifizieren sich in der Regel nur Agrarbetriebe, die genügend Umstellungskapital und gesichertes Eigentum an Boden haben, „fortschrittlich" und dadurch für Berater zugänglich sind. Dieser Strukturwandlungsprozess geht auf Kosten der Ernährungssituation der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der Frauen und Kinder. In vielen Ländern sind die Frauen für den Anbau der Subsistenzkulturen zuständig. Die Familien müssen weitgehend davon leben. Die meisten Frauen haben für ihre Äcker, auf denen sie ihre Selbstversorgung betreiben, keine Rechtstitel. Der Gewinn aus den Exportfrüchten dagegen kommt in der Regel nur den Männern, einer kleinen Gruppe der Bevölkerung und den transnationalen Unternehmen zugute. Nur zu einem kleinen Teil werden die Erlöse wieder für die Ernährung der in der Landwirtschaft arbeitenden Familien ausgegeben. Viel kulturell gewachsenes Wissen für einen standortgerechten Anbau sowie entsprechende Traditionen der Zubereitung gehen verloren. Auch volkswirtschaftlich gibt es im Zuge dieser Umstellung neue Verarmungsrisiken, denn die in der Landwirtschaft Tätigen und einheimische Verbraucherinnen und Verbraucher werden abhängig von ihrerseits unbeeinflussbaren Faktoren der Weltwirtschaft wie z. B. Zinssätzen, Wechselkursen, Verhandlungserfolgen ihrer Regierungen bei WTO und Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltmarktpreisen und Agrarpolitiken der Industrieländer. Wie die Finanzkrisen in Südostasien und Südamerika gezeigt haben, kann über Nacht die Mehrheit einer ganzen Gesellschaft in Armut und Hunger gestürzt werden.

(38) In der Gestaltung der globalen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in der EU sind es vor allem zwei Kräfteverhältnisse, die hier einwirken: erstens die Agrarkonkurrenz zu den USA und anderen großen Agrarexporteuren, und zweitens die Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Bei den ständigen

Agrarhandelsspannungen zwischen der EU und den USA scheint es keine Entspannung zu geben. Die beiden Agrarhandelsriesen bieten sich weiterhin ein Kopf-an-Kopf-Rennen um globale Marktanteile. Die EU hat von 13,5 % (1981) auf 17 % (2000) Weltagrarhandelsanteile zulegen können, die USA sind von 24 % auf 18 % abgesackt11. Die neue US-Agrarpolitik sieht ein 170 Mrd. US-$ Subventionspaket in den nächsten zehn Jahren für die amerikanische Ernährungswirtschaft vor. Die EU bleibt nicht untätig. Nach Zahlen der OECD lag hier das Unterstützungsniveau bei 114,5 Mrd. US-$ für 1999, verglichen mit 54 Mrd. US-$ in den USA. Die Gesamtunterstützung aller Industriestaaten für ihre Landwirtschaften erreichte 1999 die Höhe von 361 Mrd. US-$; das ist laut UNCTAD doppelt so viel wie der Wert aller Agrarexporte aus Entwicklungsländern12.

(39) Nachdem sich die Industrieländer davon überzeugt haben, dass die Entwicklungsländer ihren WTO-Verpflichtungen – insbesondere der Aufgabe ihrer Importbeschränkungen – nachgekommen und ihre Märkte für die Einfuhr der Agrarüberschüsse aus dem Norden offen sind, überbieten sich die USA und die EU mit der Gewährung von Agrarsubventionen, die das Preis-Dumping auf den Weltmärkten bewirken. Sie drücken dadurch die Weltmarktpreise weiterhin unter das Selbstkostenniveau und halten ihre Landwirtschaft durch direkte Einkommensübertragungen an in der Landwirtschaft Tätige am Leben – Einkommensübertragungen, die sie sich vorher bei der WTO genehmigen ließen. Die Märkte und Beschäftigungsmöglichkeiten für die in der Landwirtschaft Tätigen im Süden werden dadurch zerstört. Gleichzeitig nahm die weltweite Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft und Welternährung im Zeitraum von 1995 bis 2000 von 25 % auf 18 % aller Hilfen ab13. Die Hungerbekämpfung ist der Weltgemeinschaft nur rund 12 Mrd. US-$ wert und steht in keinem Verhältnis zu den riesigen Summen, die die Industrieländer für die Unterstützung der eigenen Landwirtschaften zahlen.

---

11 FAO, Trade Yearbook, Vol. 54, Rome 2001, Tab. 42 ff.

12 OECD, Agricultural Policies in OECD countries – Monitoring and Evaluation, Paris 2000, Tab. 1.5 und folgende.

13 OECD, ODA-Bericht, Paris 2001. In der Bundesrepublik ist dieser Trend nachvollzogen. Die öffentliche Entwicklungsleistung für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sank von 10,7 % oder 817 Mio. DM im Jahr 1999 auf 3,9 % oder 311 Mio. DM im Jahr 2000. Die Nahrungsmittelhilfe und das Ernährungssicherungsprogramm sank in dieser Zeit von 72 auf 51 Mio. DM. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ): Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, Juni 2001, S. 208 (Tab. 30).

1 Ethische Leitlinien für eine nachhaltige Landwirtschaft

(40) Der Prozess einer Neuorientierung der Landwirtschaft erfordert ein tiefgreifendes Umdenken auf allen Ebenen. Einiges konnte schon erreicht werden im Blick auf die Rückführung der Intensität landwirtschaftlicher Produktion und auf die Sensibilisierung für Fragen des Umwelt- und Tierschutzes. Der Weg zur Überwindung einseitiger Anklagen und eingefahrener Verhaltensmuster, die zu wechselseitigen Blockaden führen, ist jedoch noch weit. Es mangelt an ethischer Orientierung, internationaler Solidarität, verlässlichen Rahmenbedingungen, sektorübergreifenden Reformen, der Bereitschaft zu kooperativem Handeln und dem Mut zur Innovation. Die Zukunft der Landwirtschaft hängt davon ab, ob der gegenwärtige Reformdruck in den kommenden Monaten und Jahren als Chance für eine grundsätzliche Neuorientierung genutzt wird. Dafür wollen die folgenden Überlegungen aus christlicher Perspektive einige ethische Leitlinien beitragen.

0.1 Verantwortung für die Schöpfung durch nachhaltiges Wirtschaften

(41) Ethische Leitperspektive für eine Reform der Landwirtschaft ist das Prinzip Nachhaltigkeit, dem sich die Kirchen aus christlicher Schöpfungsverantwortung verpflichtet haben14. Es ist Wegweiser für eine Integration ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange. Das bedeutet für die Landwirtschaft, dass die Produktionsformen und betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit einerseits und Umwelt-, Sozial- und Kulturverträglichkeit andererseits anstreben müssen.

(42) Vom christlichen Schöpfungsglauben her lässt sich das Prinzip der Nachhaltigkeit ethisch vertiefen: Er fordert einen gärtnerischen Umgang mit der Natur (vgl. Gen 2, 15) und erkennt den Eigenwert der Tiere, Pflanzen und Landschaften an. Die Erhaltung der Schöpfung verlangt zugleich Solidarität über Generationen und Grenzen hinweg. Sie setzt eine umfassende Solidarität mit den Armen voraus. Denn im Umgang mit der Schöpfung ist die Menschheit eine globale Risikogemeinschaft. Das gilt zunehmend auch für landwirtschaftliche Produkte und Produktionsverfahren.

---

14 Vgl. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Hannover / Bonn 1997, Textziffer 122 – 125; Deutsche Bischofskonferenz – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Handeln für die Zukunft der Schöpfung, Bonn 1998.

(43) Eine nachhaltige Landwirtschaft ist nicht darauf ausgerichtet, das Letzte aus Boden und Tieren herauszuholen, sondern darauf, die Natur in ihrer ganzen Vielfalt als Nahrungsquelle und Lebensraum zu bewahren. Auch Wasser, Boden und Luft sind im ursprünglichen Wortsinn „Lebens-Mittel“. Das Prinzip der Nachhaltigkeit, das heute als Überlebensprinzip der Menschheit eine globale Bedeutung erhalten hat, entspricht alten Erfahrungen bäuerlichen Wirtschaftens: Im Wald soll nicht mehr Holz geschlagen werden, als nachwächst. Dem Boden sollen nicht mehr Nährstoffe entnommen werden, als ihm zurückgegeben werden können. Das Vieh soll so gehalten werden, dass sein Wohlbefinden und Bestand auf Dauer gesichert bleibt. Der Hof soll in möglichst gutem Zustand als langfristige Produktionsgrundlage weitergegeben werden. Er ist mit seinen Menschen, seinem Boden, seinen Tieren und Pflanzen Bezugspunkt für ein Denken in langen Generationenketten. In der tiefen Verbundenheit mit ihm konkretisiert sich die Verantwortung für die Zukunft. Das Leitbild der Nachhaltigkeit verallgemeinert eine solche Haltung der inneren Verbundenheit mit der Schöpfung zum ethischen Leitprinzip für eine überlebensfähige Lebens- und Wirtschaftsweise.

(44) Nachhaltigkeit erfordert einen Wandel der Werte und des Verständnisses von Lebensqualität. Sie basiert auf einer Kultur der Achtsamkeit und des rechten Maßes, in der die individuellen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen des Lebens nicht gegeneinander ausgespielt, sondern in ihrer wechselseitigen Bedingtheit erkannt werden. Nachhaltigkeit ist also nicht nur ein ökologisches Prinzip, sondern vielmehr eine Grundeinstellung zum Leben, die darauf ausgerichtet ist, Ressourcen nicht auszubeuten, sondern so mit lebenden Systemen in Natur und Gesellschaft umzugehen, dass sie ihre Regenerationsfähigkeit behalten. Da die Regenerations- und Erneuerungsfähigkeit die grundlegende Eigenschaft des Lebendigen ist, kann man Nachhaltigkeit als Lebensprinzip definieren. Eine Kultur der Nachhaltigkeit hat auch eine theologische Dimension, insofern der Mensch dabei durch die Achtung seiner Mitgeschöpfe den Schöpfer ehrt und so seinen angemessenen und zukunftsfähigen Ort in der Schöpfung wiederfindet.

(45) Das Prinzip der Nachhaltigkeit verknüpft die Ziele einer umwelt- und generationenverträglichen sowie der internationalen Solidarität verpflichteten Lebens- und Wirtschaftsweise. Es betrachtet wirtschaftliches Handeln nur dann als langfristig vernünftig, wenn es sich in die ökologischen Stoffkreisläufe, von denen der Mensch abhängt, einfügt und diese schützt. „Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft gilt es, den Ressourcenverbrauch und die

Umweltbelastungen von der wirtschaftlichen Entwicklung weiter und deutlicher abzukoppeln, als dies bisher der Fall war, und die Produktionsprozesse von Anfang an in die natürlichen Kreisläufe einzubinden“ 15. Nachhaltigkeit braucht Innovationen für eine Entkoppelung von wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltverbrauch. Entscheidend hierfür ist die vorausschauende Berücksichtigung der vielfältigen Beziehungs- und Vernetzungszusammenhänge ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklungen. Im Agrarbereich weist das Prinzip der Nachhaltigkeit den Weg zu einer multifunktionalen Landwirtschaft, die Lebensmittelerzeugung, Landschaftspflege und Naturschutz im Rahmen integrierter Konzepte miteinander verbindet. Daran sollten sich sowohl das Berufsbild der Landwirte als auch die Agrarpolitik orientieren.

(46) Gerade weil der Begriff der Nachhaltigkeit aus der bäuerlichen Lebenswirklichkeit kommt, kann die Landwirtschaft Vorreiter und Vorbild für eine dauerhaft naturverträgliche Wirtschafts- und Lebensweise sein. Von der Naturnähe ihres Berufes her können die in der Landwirtschaft Tätigen eine besondere Sensibilität für ökologische Fragen entwickeln. Sie brauchen jedoch intensive Unterstützung von Politik und Gesellschaft, um diese Sensibilität im Ringen zwischen Tradition und Fortschritt angesichts der neuen ökonomischen Herausforderungen heute neu zur Geltung zu bringen.

Neuorientierung in Solidarität mit den Landwirtinnen und Landwirten

(47) Nur mit neuen Perspektiven der ländlichen Entwicklung sowie entsprechenden Reformen der politischen Rahmenbedingungen haben die Landwirtinnen und Landwirte in Europa eine Zukunft. Dabei ist davon auszugehen, dass ein hinreichendes Auskommen bei der Vielzahl an Aufgaben nicht mehr allein über die Vermarktung von Lebensmitteln möglich sein wird. Die finanzielle Anerkennung muss sich auf das gesamte Spektrum der Leistungen beziehen, die die Gesellschaft von ihnen erwartet. So verdienen insbesondere die Beiträge im Naturschutz, in der Landschaftspflege und in der ländlichen Kultur, die von den Landwirten erwartet und erbracht werden, angemessene Honorierung und gezielte Förderung. Es handelt sich um Güter, für die die Allgemeinheit als Nachfrager auftritt und zahlt und für die die gesamte Gesellschaft eine Mitverantwortung trägt. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Bereitstellung

15 Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Hannover / Bonn 1997, Textziffer 226.

erneuerbarer Energieträger und Rohstoffe. Die wissenschaftliche Forschung ist herausgefordert, neue umweltverträgliche und marktfähige Produkte und Produktionsverfahren zu erschließen.

(48) Im Ringen um neue Perspektiven für eine natur- und schöpfungsverträgliche Landwirtschaft sind die in der Landwirtschaft Tätigen auf eine kritische Solidarität und Unterstützung für die notwendigen Wandlungsprozesse angewiesen. Für die Kirchen ergibt sich eine besondere Solidarität mit ihnen nicht zuletzt aus einer tiefen Verbundenheit in historisch gewachsenen Traditionen, Festen und Bräuchen, die gerade auf dem Land eine lebendige Kultur des Glaubens bilden. Wir ermutigen und unterstützen die in der Landwirtschaft Tätigen, ihre Chancen des Aufbruchs in eine zukunftsfähige Entwicklung wahrzunehmen und eine nachhaltig schöpfungsgerechte Wirtschaftsweise zu praktizieren.

(49) Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft sind vielfach das Ergebnis falsch gesetzter politischer Rahmenbedingungen. Die ethischen Fragen münden ein in ein Ringen um politische Lösungen, die verantwortliches Handeln der Individuen strukturell ermöglichen und stabilisieren. Im Blick auf die europäische Landwirtschaftspolitik ist dabei das vorrangige Ziel, die Anreizsysteme zu ändern: Die vielfältigen Subventionen sind häufig ökologisch und volkswirtschaftlich kontraproduktiv und sollten in Unterstützungen mit gesamtgesellschaftlich sinnvoller Lenkungswirkung umgewandelt werden. Eine neue gemeinwohlverträgliche Agrarpolitik kann keine isolierte Standespolitik mehr sein, sondern umfasst vielmehr eine integrierte Agrar-, Umwelt-, Sozial-, Wirtschafts-, Welternährungs- und Raumordnungspolitik im ländlichen Raum. Nachhaltige Landwirtschaftspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die sich als wichtiges Bindeglied zwischen verschiedenen Politiksektoren erweisen könnte. Im Prozess der Neuorientierung für eine nachhaltige Entwicklung brauchen die in der Landwirtschaft Tätigen die kritische Solidarität einer Vielfalt unterschiedlicher Akteure in Politik und Gesellschaft.

(50) Die Leistungen der Landwirtschaft für die Erhaltung der Umwelt und für die Bewahrung der Schöpfung müssen entsprechend honoriert werden. Die Solidarität mit denjenigen, die sich in der Landwirtschaft um ein nachhaltiges Wirtschaften bemühen, fordert eine Verstärkung der Anreize hierfür. Ein Teil der Naturschutzleistung in der Landwirtschaft kann jedoch von der Gesellschaft aufgrund der Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums (in diesem Fall des Bodens) unentgeltlich erwartet werden. Unter Gemeinwohlpflichtigkeit fällt das, was die Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit als standort- und ordnungsgemäß definiert. Die in der

Landwirtschaft Tätigen haben ein Recht auf eine klare gesetzliche Regelung hierzu.

0.1 Tiere als Mitgeschöpfe achten

(51) Tiere sind nach christlichem Schöpfungsverständnis Mitgeschöpfe des Menschen. Seit 1986 ist die Wertschätzung der Tiere als Mitgeschöpfe, deren Leben und Wohlbefinden zu schützen ist, auch im Tierschutzgesetz § 1 verankert. Im Bürgerlichen Gesetzbuch gilt das Tier seit 1990 nicht mehr als bloße „Sache", sondern hat einen eigenen rechtlichen Status. Nach biblischem Zeugnis sind auch die Tiere in den Bund mit Gott (Gen 9) und in die Erwartung einer endzeitlichen Vollendung der Schöpfung (Röm 8) eingeschlossen. Gott erlöst die Schöpfung, nicht nur den Menschen. Es geht dabei auch um ein „versöhntes Miteinander" von Mensch und Tier.

(52) Für Christinnen und Christen ist die Welt mit ihren Tieren und Pflanzen mehr als ein Rohstofflager, mehr als Material für menschliche Zwecke. Sie ist in ihrer Dynamik und Vielfalt Schöpfung Gottes und Ort seiner Gegenwart, die immer dann sichtbar wird, wenn der Mensch seinen Mitmenschen und Mitgeschöpfen in Achtung und Liebe begegnet. Diese Grundperspektive christlicher Schöpfungsverantwortung darf auch im landwirtschaftlichen Umgang mit Tieren nicht aus dem Blick geraten.16

(53) Die Tötung von Tieren ist in der von Konflikten geprägten Ordnung der Schöpfung unvermeidlich, ihre ethische Rechtfertigung unterliegt jedoch vielfältigen Grenzen und Bedingungen. Die europaweite Verbrennungsaktion im Jahr 2001 von Millionen von Rindern und Schafen im Zusammenhang mit BSE und MKS muss Anlass sein, grundsätzlich über unser Verhältnis zum Tier nachzudenken und es neu zu bestimmen. Wir müssen wieder lernen, allem Lebendigen mit der jedem Lebewesen gebührenden Ehrfurcht zu begegnen. Es ist an der Zeit, Tiere als Geschöpfe anstatt nur als „lebendige Ware" zu behandeln und unser Konsumverhalten, die Landwirtschaft und die Agrarpolitik, aber auch den privaten Umgang mit Tieren, z. B. Haus- und Zootieren, an ethischen Kriterien, die den Eigenwert der Tiere achten, auszurichten.

---

16 Vgl. Zur Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf. Ein Diskussionsbeitrag des Wissenschaftlichen Beirats des Beauftragten für Umweltfragen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover 1991[2]; Die Verantwortung des Menschen für das Tier, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn 1993.

(54) Gemäß § 2 des Tierschutzgesetzes müssen diejenigen, die Tiere halten oder betreuen, diese ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen. Sie dürfen weiterhin die Möglichkeit der Tiere zu artgerechter Bewegung nicht so einschränken, dass ihnen Schmerzen, vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden. Damit sind aber einige der zur Zeit noch zugelassenen Haltungssysteme der landwirtschaftlichen Nutztiere nicht mehr vereinbar. Die herkömmliche Käfighaltung für Hühner ist ethisch ebenso problematisch wie Schweinemastbetriebe ohne Tageslicht und ohne hinreichende Bewegungsfreiheit oder Entenmastbetriebe ohne Licht und Bademöglichkeiten.

(55) Mit dem Kriterium der Tiergerechtigkeit wird beschrieben, in welchem Maß bestimmte Haltungsbedingungen dem Tier die Voraussetzungen zur Vermeidung von Schmerzen, Leiden oder Schäden sowie zur Sicherung von Wohlbefinden bieten. Anhaltspunkte hierzu könnten sein: Ruhe-, Ausscheidungs-, Ernährungs-, Fortpflanzungs-, Fortbewegungs-, Sozial-, Erkundungs- und Spielverhalten. Kriterien, die sich auf diese Aspekte beziehen, muss in Zukunft bei Zertifizierungs- und Genehmigungsverfahren unbedingt Rechnung getragen werden.

(56) In der Praxis gibt es allerdings vielfältige Schwierigkeiten für eine Durchsetzung dieser Kriterien: So sind beispielsweise die gängigen Hybridhühner oder -schweine für andere Haltungsformen z. T. überhaupt nicht geeignet. Das genetische Material für robustere Tierrassen ist weitgehend verloren gegangen. Die einseitige Selektion auf Hochleistung hat zu einer enormen Verengung der genetischen Basis von Hochleistungsrassen – bis hin zur Anhäufung von genetischen Defekten – geführt. Die Gentechnik und das Klonen von Tieren stellen die nächsten Beschleunigungsstufen der bisherigen Entwicklung dar: Die Rassen werden genetisch besser an die Wirtschaftlichkeit und Technologien angepasst, und leider nicht umgekehrt. Dem muss Einhalt geboten werden.

0.1 Globale Verantwortung und Welternährung

(57) Weltweite Verantwortung ist eine unverzichtbare Dimension nachhaltiger Entwicklung. Ihre Basis ist das Prinzip der Solidarität, die nach Maßgabe christlicher Ethik unteilbar ist und folglich global auf die gesamte Menschheit angewendet werden muss. Für die Kirchen ist dabei die Solidarität mit den Schwächsten von zentraler Bedeutung. Christinnen und Christen können die weltweit wachsende Ungleichheit und die Elendssituation der über eine Milliarde Menschen, deren Einkommen unter einem Dollar pro Tag beträgt, die als absolut

arm betrachtet werden und oft Hunger leiden17, nicht schweigend hinnehmen. Die biblische Option für die Armen verpflichtet sie zur besonderen Solidarität mit den Kleinbauern in Entwicklungsländern. Diese muss sich nicht nur karitativ in unmittelbaren Hilfeleistungen äußern, sondern vor allem in Strukturanpassungen für mehr Gerechtigkeit in den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Landwirtschaft ist ein Schlüsselfaktor für die Bekämpfung von Hunger und Armut.

(58) Auf dieser Grundlage ist es ethisch nicht hinnehmbar, dass trotz der Überschüsse in der Agrarproduktion der Industrieländer immer mehr Menschen in Entwicklungsländern an Hunger und Unterernährung leiden. Nach Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips geht es dabei vor allem um Hilfe zur Selbsthilfe. Gerade im landwirtschaftlichen Bereich ist es von entscheidender Bedeutung, die Chancen der Entwicklungsländer zur selbständigen Versorgung zu verbessern. „Die Versorgungssituation der Entwicklungsländer muss vor allem durch den Ausbau ihrer Eigenproduktion verbessert werden. Dieser Prozess sollte weder durch Agrarexporte der Industriestaaten noch durch EG-Importe an Futter-Rohstoffen aus Entwicklungsländern gefährdet werden"18. Wenn Exportdumping der Industriestaaten in Entwicklungsländern Märkte zerstört, widerspricht dies dem ethischen Prinzip der globalen Solidarität.

(59) Das Ungleichgewicht zwischen den hohen Agrarsubventionen in den Industrieländern und der geringen Unterstützung für die Landwirtschaft in Entwicklungsländern muss durch eine teilweise Konversion der Agrarunterstützung zugunsten der Welternährung unbedingt korrigiert werden. Auch die extreme Ungleichbehandlung der Entwicklungsländer durch das WTO-Vertragswerk muss korrigiert werden. Viele Entwicklungsländer fordern eine sog. „Development Box“, mit der Ausnahmeregeln für den Grundnahrungsmittelbereich garantiert werden sollen. Eine Reform dieses Vertrages wäre ein wesentlicher Beitrag der Agrarpolitik zur globalen Friedens-, Umwelt- und Ernährungsordnung.

(60) Die tiefen Konflikte zwischen betriebs- und volkswirtschaftlichen Erfordernissen und dem Weltgemeinwohl können nur durch eine grundlegende Reform der Subventionssysteme und der internationalen Handelsbedingungen aufgelöst werden. Folgt man dem Konzept einer an ökologischen und sozialen

17 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe: Aktionsprogramm 2015, Bonn 2001.

18 Deutsche Bischofskonferenz, Zur Lage der Landwirtschaft, Bonn 1989, These 3.14.

Kriterien orientierten Marktwirtschaft, ist die weitere marktwirtschaftliche Liberalisierung des internationalen Agrarmarktes nur in dem Maß verantwortbar, in dem gleichzeitig ein globales Ernährungssicherheitsnetz installiert wird und Mindeststandards des Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzes im WTO-Vertragswerk eingeführt werden. Diese sollten in Absprache mit den Entwicklungsländern definiert werden. Auch der Menschenrechtsausschuss der UN hat sich im Jahr 2002 dahingehend geäußert, dass er eine Umsetzung des „Rechts auf Nahrung“ in den Liberalisierungsverhandlungen darin verwirklicht sieht, dass die Agrarliberalisierung unbedingt mit sozialen Sicherungsnetzen einher gehen muss.

(61) Die sich aus dem Prinzip der Solidarität ergebende Forderung nach echten Chancen für die Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt heißt nicht, dass wir unsere Landwirtschaft einem radikalen Liberalisierungsprozess und der Streichung aller Agrarunterstützungen unterziehen sollen. Doch ist hier sehr viel mehr Augenmaß als in der Vergangenheit geboten. Die reichen Gesellschaften machen sich unglaubwürdig, wenn sie ihren Wohlstand lediglich dazu nutzen, im Alleingang und nur für sich selbst Inseln einer intakten Umwelt, einer fürsorglichen Behandlung der Tiere und einer guten sozialen Absicherung zu schaffen, ohne dabei zu berücksichtigen, dass gleichzeitig viele Länder der Erde unter extremer Armut, Umweltzerstörung und Gesundheitsgefährdung durch vergiftete Nahrungsmittel leiden. Neben unserem verstärkten finanziellen Engagement für die Welternährung ist ebenso eine weltoffene, entwicklungspolitisch kluge Standardentwicklung nötig.

0.1 Subsidiarität und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe

(62) Das sozialethische Prinzip der Subsidiarität ist für die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung. Gemeint ist der Vorrang für Selbständigkeit und Eigeninitiative kleinerer Einheiten. Was auf unterer Ebene zu leisten und zu gestalten ist, soll nicht von hierarchisch höheren Ebenen entschieden werden. Subsidiarität wendet sich gegen einseitige Zentralisierung, weil sie auf Dauer zu einer Entmündigung der kleineren Einheiten und zu geringerer Flexibilität in der Anpassung an spezifische Standortvoraussetzungen führt. Subsidiarität wurde 1992 mit dem Maastrichter Vertrag als ein Grundprinzip für den Aufbau der europäischen Einheit anerkannt. Sie befürwortet föderale Strukturen im Sinne von Einheit in Vielfalt.

(63) Einheitliche Regeln, die zu sehr ins Detail gehen, verhindern diese Vielfalt, die gerade für die europäische Tradition ein wichtiges Strukturmerkmal ist. Die

unterschiedlichen ökologischen und soziokulturellen Standortbedingungen können in der Landwirtschaft oft besser in nationaler oder regionaler Eigenverantwortung berücksichtigt werden. Ein wichtiges Instrument zur subsidiären Dezentralisierung ist der weitere Ausbau einer Co-Finanzierung der Landwirtschaft durch einzelne Länderprogramme. Unterschiedliche Programme der einzelnen Bundesländer haben gute Wirkungen gezeigt, z. B. der Marktenlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich MEKA in Baden-Württemberg, umweltgerechte Landwirtschaft in Sachsen oder das Kulturlandschaftsprogramm in Bayern.

(64) Aus dem Prinzip der Subsidiarität ergibt sich eine Option für die Regionalisierung. Die Regionalisierung von staatlichen Programmen dürfte in der Regel kein Problem sein und wird auch von der EU-Agrarpolitik zunehmend anerkannt, indem zentral nur ein Rahmen vorgegeben wird, der dann regional angepasst in konkrete Programme umgesetzt wird. Der gemeinsame Rahmen ist notwendig, um es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen kommen zu lassen.

(65) Die Regionalisierung von Vermarktung und Ernährungsgewohnheiten innerhalb des gemeinsamen Rahmens ist zwar wünschenswert, aber nicht einfach. Man kämpft dabei gegen die Marktmacht riesiger Konzerne an, deren ökonomische Überlegenheit die zentralisierte Logistik ist und für die ein kleinräumlicher Warenkreislauf schwer zu verkraften ist. Dabei würde die Verstärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zur Entwicklung im ländlichen Raum sowie zum Schutz kleinbäuerlicher Strukturen und alternativer Vermarktungskanäle – jenseits des Wettbewerbs auf den Weltmärkten mit Massenprodukten – beitragen. Sie vermeidet Verkehr und Verpackungsaufwand durch eine umweltfreundliche „Wirtschaft der kurzen Wege“. Sie verbindet sich mit einer Aufwertung des Handwerks vor Ort, das Ressourcen schont, indem es nicht nur produziert, sondern auch repariert. Regionalisierung bindet Kaufkraft und Wertschöpfung an die Region und trägt so zum Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum bei.

(66) Regionalisierung hat auch eine kulturelle Dimension und leistet durch die Pflege der regionalen Traditionen und Bräuche einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung sozialer Bindungen, zum Heimatbewusstsein und zur Lebensqualität. Sie ermöglicht Lebensqualität durch Nähe von sozialen Kontakten, Einkaufs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie von kulturellen Angeboten und Initiativen. So können regionale Angebote und Produkte zugleich ein Wir-Gefühl für Dorf und Region vermitteln. Manche regionale Produkte aus der Landwirtschaft genießen einen Vertrauensvorschuss, weil sie als frisch, gesund und ökologisch wertvoll gelten.

(67) Seit einigen Jahren gibt es eine neue Neigung zur Regionalisierung. Die lebensmittelverarbeitende Industrie nutzt diese auf ihre Weise, indem sie bestimmte Anpassungen ihrer Produkte – z. B. an nationalen Geschmack, Sprache, Aufmachung oder Marketing – vornimmt. Moderne Informationstechniken machen solche industriellen Anpassungen der äußeren Gestalt von Lebensmitteln möglich. Ob sich die neue Wertschätzung regionaler Bezüge über solche Vermarktungsstrategien hinaus auch in dem oben beschriebenen Sinne für eine umfassende Stärkung kommunaler Eigenständigkeit in Kultur und Wirtschaft im Großen durchsetzen wird, ist schwer zu bemessen. Jedenfalls ist momentan deutlich, dass sich für regionalisierte Produkte, Handelsstrukturen und Dienstleistungen Marktnischen auftun, die unbedingt genutzt werden sollten, um die Vorteile auszuschöpfen. In der Praxis zeigt sich, dass die Nachfrage nach regionalen Produkten und nach ökologischen Produkt- bzw. Produktionskriterien in einem engen Zusammenhang stehen.

(68) Das Erwachen des regionalen Bewusstseins der Verbraucher und Produzenten kann eine Gegenreaktion auf Entfremdungen sein, die mit der Globalisierung unserer Lebensumstände einhergehen und von denen auch der Ernährungsbereich nicht ausgespart blieb. Gemäß der Maxime „Global denken – lokal handeln“, die dem Geist der Subsidiarität entspricht, geht es bei der Regionalisierung nicht um eine provinzielle Blockade der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik oder einen neuen protektionistischen Drang. Weltoffen und in der Region verhaftet zu sein sind keine unüberwindbaren Gegensätze. Regionalisierung nach Maßgabe der Subsidiarität meint ein differenziertes Mischungsverhältnis.

0.1 Ernährungsethik

(69) Die Ernährung ist heute den gleichen Rationalisierungstendenzen unterworfen wie die Landwirtschaft und andere Lebensbereiche. Ein breites Sortiment an standardisierter, abgepackter und stark weiterverarbeiteter Ware, konsumfertig, haltbar, transportabel und leicht portionierbar, kommt diesem Bedürfnis der Verbraucherinnen und Verbraucher entgegen. In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft reduzieren sich die gemeinsamen Mahlzeiten für viele Menschen auf wenige Anlässe. Häufig sind gravierende gesundheitliche Probleme wie Übergewichtigkeit in den Industrieländern eine Folge der Achtlosigkeit beim Essen. Das Innehalten, das Ge- und Bedenken des Wertes unseres täglichen Brotes zur Stärkung von Leib, Geist und Seele treten zusehends

in den Hintergrund. Der Bedeutungsverlust des gemeinsamen Tischgebets ist deutlicher Ausdruck hiervon.

(70) Bezieht man ethische Grundsätze auf die Ernährung, so bedeutet dies, mit einem bewussteren und damit auch geplanteren Einkaufen zu beginnen. Bewusstes Einkaufen heißt: Vermeidung von aufwändigen Verpackungen und weiten Transportwegen und Berücksichtigung jahreszeitlicher Warenangebote. Auf diesem Wege können die heimische Landwirtschaft unterstützt sowie das Ernährungshandwerk und die kleinen Händler gefördert werden. Frische und hochwertige Qualität von Lebensmitteln lässt sich häufig durch überschaubare, regional gebundene Erzeugungsprozesse erhalten. Damit werden Maßstäbe gesetzt, die für die Herstellungsprozesse insgesamt gelten. Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz sind darauf angewiesen, dass die Verbraucher ihrer Mitverantwortung für die Schöpfung durch eine „Politik mit dem Einkaufskorb“ gerecht werden.

(71) Bewusstes Einkaufen, Zubereiten und Essen lohnen sich auch für die Verbraucher selbst. Denn eine ausgewogene Ernährung ist eine Basis der Gesundheitsvorsorge. Sie ist unverzichtbarer Bestandteil eines eigenverantwortlichen Umgangs mit dem eigenen Körper und der eigenen Gesundheit. Gesunde Ernährung beinhaltet den Einkauf qualitativ hochwertiger und vielfältiger Lebensmittel, eine sorgfältige Zubereitung und genügend Zeit für den Verzehr. Echter Genuss setzt auch die Fähigkeit, Maß zu halten, voraus.

(72) Ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung bei Nahrungsmitteln entfällt auf die Weiterverarbeitung und Zubereitung. Deswegen ist es wichtig, nicht nur die in der Landwirtschaft Tätigen anzusprechen, sondern alle Verbraucher, um auf möglichst breiter Basis einen achtsamen Umgang mit den Gütern der Schöpfung zu fördern. Es geht nicht um Verzicht als solchen, sondern um ein neues Qualitätsbewusstsein. Eine neue Kultur der Ernährung ist ein Beitrag zur Achtung vor der Schöpfung und zur eigenen Gesundheit, den jeder und jede bei entsprechender Willensanstrengung auch im Alltag leisten kann.

1 Handlungsoptionen in Politik und Gesellschaft

0.1 Die Verantwortung der Politik

(73) Wesentliche Kompetenzen in der Agrarpolitik liegen bei der Europäischen Union. Auch im Verbraucherschutz entwickelt sich die EU über den Grundsatz des fairen Warenverkehrs immer mehr zur zentralen Entscheidungsinstanz. Probleme bereiten dabei die ungleichen Auflagen im Bereich des Umwelt- und Tierschutzes sowie die wettbewerbsbedingte Orientierung auf Ertrags- und Leistungssteigerungen. Die EU muss dafür Sorge tragen, dass die Leistungs- und Wettbewerbsorientierung im gemeinsamen Markt unter Rahmenbedingungen stattfindet, die einheitliche Mindeststandards im Bereich des Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzes definieren und in festgelegten Ausnahmebereichen Subventionen zulassen. Künftig sollten stärker Qualitätswünsche der Verbraucher sowie die Erschließung umweltschonender Produktbereiche und Produktionsverfahren im Vordergrund stehen.

(74) Der Grundgedanke der Reformen der europäischen Agrarpolitik von 1992 (MacSharry Reform) und 1999 (Agenda 2000), die Subventionierung über Garantiepreise abzubauen und durch Direktzahlungen an die Landwirte zu kompensieren, ist auch aus kirchlicher Sicht unterstützenswert. Heute sind 65 % der EU-Agrarsubventionen Direktzahlungen an die Landwirte. Langfristig sind diese nur zu rechtfertigen, wenn noch deutlicher Umweltschutzleistungen und soziale Gesichtspunkte damit verknüpft werden. Eine Umorientierung der Landwirtschaftspolitik – von Garantiepreisen zu Direktzahlungen – wurde zwar eingeleitet, steht aber noch in den Anfängen. Sie sollte noch weit stärker der Multifunktionalität der Landwirtschaft und der ländlichen Räume Rechnung tragen. In der Weiterentwicklung der Agenda 2000 ist eine Umschichtung der EU-Mittel aus dem Bereich der produktionsbezogenen Stützung in ländliche Entwicklung und Umwelt sowie eine Verknüpfung von Ausgleichszahlungen mit ökologischen und sozialen Auflagen vorrangig.

(75) Gemäß dem bewährten Prinzip der Subsidiarität sollte sich auch die Landwirtschaftspolitik möglichst strikt auf Rahmengesetzgebung beschränken und Marktinterventionen weitgehend vermeiden. Demgegenüber sollte der Aktivierung und Qualifizierung der Regionen viel stärkeres Gewicht als bisher eingeräumt werden. Den Regionen und ihrer ökonomisch tragfähigen, sozial ausgewogenen und ökologisch verträglichen Entwicklung kommt bei der Realisierung der Agrarpolitik eine steigende Bedeutung zu. Regionale Erzeuger-

und Verbrauchergemeinschaften erhöhen die Transparenz im Nahrungsmittelbereich, bieten zusätzliche Erwerbschancen und tragen so zur Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Die Öffnung der Landwirtschaft für Einkommenskombinationen und für das Erbringen von Dienstleistungen eröffnet ihr neue Chancen für die Schaffung moderner, ökologisch günstiger Strukturen im ländlichen Raum.

(76) Wettbewerb und Markt sind in freiheitlichen Systemen ohne Alternative. Sie bedürfen aber einer politischen Rahmenordnung, deren Leitziel es ist, dass möglichst alle Kosten in den Preisen enthalten sind, auch und vor allem die des nachhaltigen Ressourcenschutzes. Die Qualität der natürlichen Ressourcen ist ein knapper werdendes Gut, das durch entsprechende Preise und Steuern in der Systemlogik der Marktwirtschaft zur Geltung gebracht werden muss. Deshalb entspricht dem Leitbild der Nachhaltigkeit auf der ordnungspolitischen Ebene eine an ökologischen und sozialen Kriterien orientierte Marktwirtschaft. Diese verbindet die Dynamik des Marktes mit sozialer Fairness und wirksamen Mitteln zum Schutz der Umwelt. Bisher wird die Umwelt weitgehend als freies Gut definiert. Deshalb fehlt es an finanziellen Anreizen für ihren Schutz; dies leistet der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Vorschub. Ein marktwirtschaftliches System ohne ökologische Komponente führt zur Zerstörung der Lebensgrundlagen. Die Halbzeitbilanz der Agenda 2000 enthält Vorschläge zur Förderung von Umweltqualitätssicherungsprogrammen, Biolandbau und Zertifizierungssystemen.

(77) Zum System einer an ökologischen und sozialen Kriterien orientierten Marktwirtschaft gehören verlässliche Rahmenbedingungen, die dem einzelnen Landwirt bei wesentlichen Entscheidungen, etwa einer Hofübernahme, der Investition in Stallbauten, Maschinen usw. langfristig berechenbare Grundlagen geben. Da Landwirte Unternehmer sind, kann die Politik ihnen nicht alle Risiken abnehmen. Um Anpassungsprozesse zu ermöglichen, sollten die notwendigen Änderungen der Agrarpolitik jedoch rechtzeitig angekündigt und schrittweise umgesetzt werden. Im Rahmen einer an ökologischen und sozialen Kriterien orientierten Marktwirtschaft hat die Agrarpolitik den Zielen des Umwelt- und Naturschutzes, der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln, dem Erhalt einer hinreichenden Besiedlungsdichte in ländlichen Räumen und der sozialen Abfederung des weitergehenden Strukturwandels in der Landwirtschaft zu dienen. Dazu sind weltweit im europäischen und nationalen Rahmen folgende Zielsetzungen wichtig:

1. Abbau der Marktordnungskosten,
2. Abbau der Produktionsüberschüsse,
3. Harmonisierung und Kontrolle ökologischer und sozialer Mindeststandards,
4. Befreiung der Marktordnung von Fehlanreizen,
5. Verbraucherschutz durch Markttransparenz,
6. Tierschutz und
7. Integration von Landwirtschaft und Naturschutz.

Im Einzelnen bedeutet dies:

(78) **1. Zum Abbau der Marktordnungskosten:** In der laufenden WTO-Verhandlungsrunde sollen interne Unterstützungsniveaus und Agrarexportsubventionen abgebaut und die Beschränkung des Marktzugangs ausländischer Anbieter aufgehoben werden. Daraus folgt: Subventionen bleiben nur dann unangefochten, wenn sie entweder von der Produktion abgekoppelte Zahlungen mit Verpflichtung zur Produktionsbegrenzung sind (sog. „Blaue Box“) oder nachweislich allgemeine Leistungen an den gesamten Agrarsektor darstellen, wie z. B. Forschung, Ausbildung, Beratung, Agrarumwelt, Nothilfemaßnahmen, Agrarstrukturverbesserungen oder Krankheitsbekämpfung (sog. „Grüne Box“). Alle anderen Formen der Unterstützung für die Landwirtschaft müssen abgebaut werden. In der jetzigen Verhandlungsrunde bei der WTO, die im Jahre 2005 mit einem umfassenden Vertrag über viele Bereiche enden soll, muss mit einer weiteren Reduktionsverpflichtung mindestens in der Größenordnung der vorherigen Runde (20 – 30 %) gerechnet werden. Außerdem könnte es zu einer Subventionsobergrenze kommen, die als Quote der landwirtschaftlichen Wertschöpfung eines Landes bestimmt würde. Und weil die „Blaue Box“ der WTO-Logik eigentlich massiv widerspricht, ist sie besonders umstritten und in den jetzigen Verhandlungen wahrscheinlich nicht zu retten.

(79) Die EU ist das einzige Gebiet auf der Welt, das noch Blaue-Box-Programme aufgelegt hat. Aufgrund der voraussichtlichen WTO-Verhandlungsergebnisse geht es also darum, diese Mittel auf die Maßnahmen der „Grünen Box“ umzustrukturieren, d. h. weg von den Prämienzahlungen auf Hektar und Tiere und hin zu den Programmen, die die Agenda 2000 der EU-Agrarpolitik als „Zweite

Säule“ beschreibt. Einen möglichen Ausweg bietet für die EU auch eine dezidiert sozialverträgliche oder ökologische Ausgestaltung der Subventionen. Sozialverträglichkeit ließe sich etwa dadurch herstellen, dass die Höhe der Subventionen mit zunehmender Betriebsgröße sinken oder dass sie an eine bestimmte Mindestzahl von Beschäftigten gebunden werden. Ihre Umstellung auf ökologisch sinnvolle Leistungen sowie auf die Erschließung neuer marktfähiger Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen für den Binnen- bzw. Regionalabsatz wäre ein weiterer Weg aus den WTO-Zwängen.

(80) Angesichts der Asymmetrie zwischen dem riesigen Ausmaß, in dem die Industrieländer ihre Landwirtschaft auf die eine oder andere Art subventionieren und schützen, und der fehlenden Unterstützung in Entwicklungsländern, sind jedoch auch diese Umwidmungsmaßnahmen entwicklungspolitisch fragwürdig. Während vielleicht jede einzelne Maßnahme der „Grünen Box“, für sich allein betrachtet, noch handelsneutral sein mag, ist es die Gesamtwirkung der Unterstützung der Landwirtschaft in den Industrieländern durch die „Grüne Box“ nicht mehr: Die Preise, zu denen die Entwicklungsländer ihre Produkte anbieten können, werden so strukturell unterboten. Eine weitere Umschichtung ist nur dann mit internationaler Gerechtigkeit zu vereinbaren, wenn es eine Obergrenze für die Gesamtausgaben aus den Mitteln der neuen „Blauen Box“ und der „Grünen Box“ gäbe und wenn deren Auswirkungen auf das Preisgefüge im internationalen Handel durch andere Maßnahmen neutralisiert würden.

(81) **2. Zum Abbau der Produktionsüberschüsse:** Im Sinne internationaler Gerechtigkeit ist es ethisch nicht länger vertretbar, Produktionsüberschüsse in der EU zu subventionieren. Deshalb sind Exporterstattungen abzuschaffen und produktbezogene Ausgleichszahlungen zugunsten handelsneutraler Strukturhilfen für die Landwirtschaft abzubauen. Darüber hinaus sind weitere Einschränkungen in der Produktionsmenge erforderlich, um den Entwicklungsländern und den EU-Beitrittskandidaten Marktchancen zu geben. Wichtigster Beitrag zum Abbau der Überschüsse sind die Reform der produktgebundenen Tier- und Flächenprämien und die Einführung ökologischer Standards.

(82) **3. Zur Harmonisierung und Kontrolle ökologischer und sozialer Mindeststandards:** Die Standards für Artgerechtigkeit, Umweltschutz, Gesundheitsverträglichkeit und Transparenz über die sozialen Produktionsverhältnisse müssen bei uns und im internationalen Handel in einer nichtdiskriminierenden Weise weiterentwickelt werden. Dabei sollten die verschiedenen Instrumente gut miteinander abgewogen werden:

ordnungspolitischer Mindestrahmen, Schutz privater Siegel, Kennzeichnungsregeln für Verbrauchertransparenz und staatliche Anreize für freiwillige weitergehende Verpflichtungen.

(83) In Deutschland sind vorrangig Positivlisten für erlaubte Futtermittel, ein Verbot von Antibiotika als Leistungsförderer sowie eine Verschärfung der Sanktionen bei Verstößen gegen diese gesetzlichen Regelungen einzuführen. Höhere Produktions- und Produktstandards dürfen nicht zu technischen Handelshemmnissen werden, sondern sind so auszugestalten, dass sie sowohl den Marktzugang von Produkten aus Entwicklungsländern ermöglichen als auch einen Beitrag dazu liefern, die Schutzanliegen in Industriestaaten auch in Entwicklungsländern zu verwirklichen. Sie sollten

– multilateral verhandelt werden,

– Prinzipien, nicht Techniken regeln,

– gegenseitige Anerkennung von äquivalenten Standards zulassen,

– mit technischer und finanzieller Hilfe für arme Länder einhergehen,

– mit Anreizen (im internationalen Handel) ausgestaltet werden und

– die unterschiedlichen natürlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen.

(84) **4. Zur Befreiung der Marktordnungen von Fehlanreizen:** Eine degressive Staffelung der Flächenprämien und teilweise Bindung an Arbeitskräfte könnte die überproportionale Bevorzugung von flächen- und kapitalintensiven Marktfruchtbetrieben in der bisherigen Subventionspolitik eingrenzen. Statt der hohen Silomais- Prämien sollten differenzierte Flächenprämien eine Chancengleichheit für Grünland, Kleegras, Eiweiß- und Ölpflanzen fördern. Flächengebundene und kulturbezogene Subventionen, besonders die relative Bevorzugung des Getreidesektors bei den EU-Agrarsubventionen (36 % des Agrarhaushalts), müssten einer gründlichen Prüfung unterzogen werden. Die Umschichtung der Mittel zugunsten einer stärkeren Förderung der ländlichen Entwicklung hätte unter anderem den Vorteil, dass dort mehr Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen würden. Regelungen, die die qualifizierte und informierte unternehmerische Eigenständigkeit der Landwirte behindern und einen hohen oder schwer durchschaubaren Verwaltungsaufwand erfordern, sind

zu vermeiden.

(85) **5. Zum Verbraucherschutz durch Markttransparenz:** Eine klare Deklarationspflicht hinsichtlich der Inhalts-, Zusatz- und Konservierungsstoffe sowie der Produktionshilfsmittel ist auf nationaler, europäischer und globaler Ebene zu etablieren. Dies umfasst z. B. genetische Veränderungen oder Lebensmittelzusätze zur Konservierung. Zur Orientierung der Verbraucherinnen und Verbraucher sind hierzu einheitliche, klar erkennbare Kennzeichen, für die eindeutig definierte Kriterien stehen, notwendig. Das System der Kennzeichnung muss mit dem Ausbau der Rückverfolgbarkeit und Gewährleistung einhergehen. Durch die Gründung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und der europäischen Behörde für Verbraucherschutz sind hier wichtige institutionelle Voraussetzungen geschaffen, um die notwendigen Reformen voranzutreiben.

(86) **6. Zum Tierschutz:** Zu den dringlichsten Maßnahmen gehören die Förderung einer artgerechten und flächengebundenen Tierhaltung sowie die Verschärfung der Tiertransportbedingungen. Es kommt darauf an, durch gezielte Förderung und Beratung, aber auch durch entsprechende gesetzliche Regelungen die EU-Tierhaltungsrichtlinien zeitnah umzusetzen, um so den Anforderungen einer artgerechten Tierhaltung gerecht zu werden. Vorbildliches haben hier z. B. Schweden und die Schweiz geleistet. Ähnliches wäre auch für Deutschland angemessen. Der notwendige Hinweis auf EG-einheitliche Regelungen darf nicht dazu führen, in einzelnen Ländern energische Schritte auf dieses Ziel zu unterlassen.

(87) **7. Zur Integration von Landwirtschaft und Naturschutz:** Die in der Landwirtschaft Tätigen produzieren nicht nur Nahrungsmittel, sondern sie erbringen auch grundlegende Leistungen in der Landschaftspflege sowie des aktiven und passiven Schutzes der Trinkwasserqualität, der Bodenfruchtbarkeit, der Luftreinheit und der Lebensräume für Flora und Fauna. Dies sollte entsprechend ideell, strukturell und finanziell gefördert werden. Insgesamt sollten Betriebe, deren Flächen Nutzungsbeschränkungen unterliegen, beispielsweise in Wasserschutzgebieten, mehr Ausgleichszahlungen erhalten. Direkte staatliche Einkommensübertragungen sind ein angemessenes Entgelt für die freiwillige Reduktion der Produktion durch Extensivierung, für die Pflege der Landschaft und für Leistungen im Bereich des Umweltschutzes. Zur Finanzierung der Flächenumwidmungen für Naturschutzzwecke sind die unteren Entscheidungsebenen im Rahmen eines Finanzausgleichssystems mit Schüsselzuweisungen unter Eigenbeteiligung auszustatten, über deren

Verwendung sie in eigener Verantwortung entscheiden können.

(88) Es gibt inzwischen verschiedene Programme von Bundesländern, die auf eine Integration von landwirtschaftlicher Nutzung und Naturschutz zielen (Ackerrandstreifen-, Gewässerrandstreifen-, Feuchtwiesen-, Ackerwildkräuter- und Wiesenbrüterprogramme). Wichtige Kriterien hierbei sind u. a. umweltschonende Ausbringung oder Verzicht auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel und Mahd der Wiesen erst nach der Brutzeit der Vögel.

(89) Die Extensivierung in Verbindung mit einer bodengebundenen Tierhaltung und differenzierten Agrarstruktur ist für die langfristige Erhaltung der Gesundheit unserer Böden, zur Sicherung unserer Wasservorkommen sowie insbesondere zur Vermeidung der Überschussproduktion von großer Bedeutung. Das Maß der Düngung sollte angepasst werden an den Bedarf der Pflanzen, damit Bodeneinträge vermieden werden. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sollte europaweit so reduziert werden, dass irreversible Umweltschäden ausgeschlossen sind. Die Einführung ökologischer Kriterien bei Prämien und Subventionen, die gezielte Förderung extensiver Bewirtschaftung, die Stärkung regionaler Verbraucherzentralen und Selbstvermarktungsinitiativen sowie möglichst einheitliche steuerliche Regelungen, die den Verbrauch von fossilen Energien verteuern und den Gebrauch regenerierbarer Rohstoffe fördern, sind unverzichtbare Elemente einer Integration von Landwirtschaft und Naturschutz.

Perspektiven für eine multifunktionale Landwirtschaft und eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume

(90) Die Überwindung der Landwirtschaftskrise braucht neue Visionen für die ländliche Entwicklung und die Rolle der in der Landwirtschaft Tätigen. Denn zu einer allgemeinen Entlastung des angespannten Agrarmarktes kann es erst kommen, wenn es der Landwirtschaft gelingt, in größerem Maßstab als wettbewerbsfähiger Anbieter für neue Produkte und Dienstleistungen tätig zu werden. Die Aufgabe besteht darin, die Vielfalt der Funktionen des ländlichen Raums stärker wirtschaftlich nutzbar zu machen. Gefragt ist ein neues Selbstverständnis des landwirtschaftlichen Berufes.

(91) Es gibt viele ermutigende Beispiele für neue Möglichkeiten einer Landwirtschaft, die ökologisch verträglich ist, ihre sozialen Aufgaben erfüllt und sich wirtschaftlich rechnet. Neue Perspektiven ergeben sich dabei in der Verbindung von Landwirtschaft und Naturschutz vor allem in folgenden Bereichen: umweltgerechte landwirtschaftliche Produktionsverfahren, insbesondere im Blick

auf Gewässerschutz und biologische Schädlingsbekämpfung sowie integrierte Flächennutzung, die landwirtschaftlichen Anbau, Wasserwirtschaft und Biotop- und Landschaftspflege zusammenführt. Nur wenn eine Synergie zwischen den verschiedenen Neuansätzen im Rahmen eines integrierten Gesamtkonzeptes gelingt, können diese über die Bedeutung von Nischen hinausgelangen.

(92) Einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der ländlichen Regionen als Wirtschafts- und Kulturraum kann der Ausbau des ökologischen Landbaus liefern. Er hat eine Schrittmacherfunktion bei der Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Einige Wasserversorgungsunternehmen fördern den ökologischen Landbau in ihren Wassereinzugsgebieten. Das Nachfragepotential für ökologischen Landbau wird unterschiedlich eingeschätzt, erscheint aber bei einer entsprechenden Bündelung der Kräfte deutlich ausbaufähig. Was den konventionellen Landbau betrifft, so ist anzustreben, dass er nach und nach die Kriterien des EU-Biosiegels erfüllt. Allerdings ist darauf zu achten, dass ein Verdrängungswettbewerb zwischen der nach EU-Kriterien biologisch arbeitenden Landwirtschaft und der „vollen“ verbandsgebundenen ökologischen Landwirtschaft vermieden wird.

(93) Der eingeschlagene Weg von der reinen Nahrungsmittelproduktion zur Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen mit höherer Wertschöpfung sollte fortgesetzt werden. Schon bald könnten beispielsweise der Anbau und die Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe und Biomasse für die Energiegewinnung (z. B. Raps, schnellwachsende „Energiewälder“, Bereitstellung von Stroh für die Verbrennung, Biogasanlagen) zu einer neuen zusätzlichen Verdienstquelle werden und den in der Landwirtschaft Tätigen als „Energiewirte“ zusätzliche berufliche Perspektiven erschließen. Dies setzt jedoch entsprechende politische Entscheidungen voraus, wie beispielsweise im Jahr 2000 das „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG).

(94) Auch die Erschließung von Marktnischen wie Fischzucht, Damwildhaltung, Produktion von Arznei- und Gewürzpflanzen kann einzelnen hier und da eine neue Existenzbasis geben. Die Innovationspotentiale dieser Bereiche sollten nicht unterschätzt werden. Ihre Attraktivität könnte durch eine Professionalisierung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte auf regionaler Ebene wesentlich gesteigert werden.

(95) Die ökologische Bewertung und Verarbeitung von Bioabfällen steht erst am Anfang. Hier schlummern noch große Möglichkeiten. Derzeit werden lediglich 20 % der in Deutschland anfallenden Komposte in Gartenbau oder Landwirtschaft verwendet. Oft kann der Abfall zum wertvollen Rohstoff werden. Voraussetzung

dafür sind strenge Maßstäbe hinsichtlich der Schadstoffbelastung für die unterschiedlichen Verwertungen. In den letzten Jahren gewinnt die Vergärung, bei der die Bioabfallverwertung mit einer Energieerzeugung gekoppelt wird, zunehmende Bedeutung. Besonders die Mitvergärung von Abfällen in Gülleferementen der Landwirtschaft spielt eine wichtige Rolle. Für die Verwendung von Grünguthäcksel auf erosionsgefährdeten Böden sowie für die Sanierung von degradierten Niedermooren durch Anbau von Schilf gibt es gelungene Beispiele.

(96) Neben den genannten Perspektiven für eine multifunktionale Landwirtschaft durch neue Wege in den umweltschonenden und artgerechten Produktionsformen gesunder Lebensmittel, in der Landschaftspflege und in der Energieerzeugung bieten sich viele attraktive Dienstleistungen als zusätzliche Verdienstquelle für die Landwirtschaft an. So wird beispielsweise der sanfte Tourismus und der Ausbau von Angeboten der Naherholung auf breiter Basis gut angenommen. Die deutschlandweiten Angebote „Ferien auf dem Bauernhof“ sind für einige eine wichtige Möglichkeit des Zuverdienstes. Auch therapeutische und pädagogische Konzepte zur Mitarbeit in der Landwirtschaft und des Umgangs mit Tieren im Rahmen von Rehabilitationsmaßnahmen bieten zukunftsfähige Perspektiven und sollten entsprechend fachlich und finanziell unterstützt werden.

(97) Gemäß den unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen, topographischen, geschichtlichen, klimatischen und kulturellen Voraussetzungen ist das agrarkulturelle Leitbild der Zukunft eine bunte Vielfalt kleinerer und größerer Betriebseinheiten in verschiedenen Vollzeit- und Teilzeitformen, regional spezifischen Wertschöpfungsanteilen am Endprodukt sowie vor- und nachgelagerten Dienstleistungen in vielschichtigen Einkommenskombinationen.

(98) In der Landwirtschaft tätig zu sein beinhaltet auch die Pflege der Schöpfung als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen, eine Lebensweise im Rhythmus der Natur, eine Kultur von naturnahen Traditionen und Werten. Die Landwirte sind wichtige Kulturträger, sie erschließen die ländlichen Regionen als Heimat, schaffen Zugang zu einem Leben mit der Natur im Rhythmus der Jahreszeiten und sind grundlegend für die Pflege des dörflichen Lebens. Diese Leistungen können auf Dauer jedoch nur dann sichergestellt werden, wenn sie im Rahmen einer Gesamtkonzeption für die Entwicklung der ländlichen Räume eine angemessene Förderung erhalten.

(99) Entscheidend für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der ländlichen Räume ist die Erhaltung und Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Das betrifft über Land- und Forstwirtschaft hinaus und zusammen mit ihnen vor

allem Gastronomie, Tourismus, Lebensmittelverarbeitung und -verteilung, Handwerk, Dienstleitungen (Transport, Post, Bank, Apotheke etc.), Einrichtungen der Bildung und Weiterbildung, der Altenpflege und der Kindererziehung. Für alle wäre der Niedergang der dörflichen Gemeinschaften und ihrer Kultur ein schwerer Verlust. Um dies zu vermeiden, sollten eine eigene Infrastruktur in Verwaltung und Verkehr, Einkaufsmöglichkeiten, Arbeitsplätze und kulturelle Angebote und nicht zuletzt kleinere Schulen und Kindergärten auf dem Land erhalten bleiben.

(100) Ein breit angelegtes staatliches Bildungs- und Ausbildungsangebot in den ländlichen, in der Regel strukturschwachen Regionen ist ein wichtiger Faktor der staatlichen Förderung. Eine zukunftsfähige Strukturpolitik im ländlichen Raum umfasst die Förderung dort angesiedelter Arbeitsplätze, schulische Versorgung bis hin zu Fachhochschulen auf dem Land und einen Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten und Angebote der Umschulung, attraktive kulturelle Angebote, Verkehrserschließung auch in die Fläche und nicht nur auf den Hauptverkehrswegen in Deutschland. Notwendig ist eine neue politische Gesamtkonzeption zur Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes in ländlichen Räumen. Dafür müssten insbesondere die steuerlichen Nachteile für kleine und mittlere Unternehmen abgebaut werden. Moderne Kommunikationsmittel ermöglichen Dezentralisierung und sind damit eine Chance für die ländlichen Räume.

(101) In den letzten Jahren sind ermutigende Beispiele kommunalen Engagements zur Erhaltung und Sicherung einer heimischen naturverträglichen Landwirtschaft entstanden, z. B. Umsetzung von Landschaftsplänen, intensive Beratung zur Erzeugung und Vermarktung regionaler Spezialitäten, Aufbau von Bauernmärkten, regionaler Bezug von Lebensmitteln für kommunale Einrichtungen, Ausstattung der Höfe mit pflanzenölgetriebenen Fahrzeugen, Vergabe von Landschaftspflegearbeiten, Übertragung der Entsorgung organischer Abfälle, Prämien für ökologischen Landbau bzw. flächendeckenden Gewässerschutz. Wir ermuntern evangelische und katholische Gemeinden und andere kirchliche Einrichtungen, solche und ähnliche Initiativen vor Ort nach Kräften zu unterstützen.

0.1 Verbraucherverantwortung und Lebensstilwandel

(102) Der Anteil von Nahrungsmitteln am Budget eines privaten Haushalts ist in Deutschland während der letzten Jahrzehnte kontinuierlich zurückgegangen. Er beträgt heute etwa durchschnittlich 12,8 %. So erfreulich die damit verbundene

finanzielle Entlastung ist, so geht doch der Wettbewerbsdruck, der für die Landwirtschaft mit der Preissenkung verbunden ist, häufig auf Kosten der Qualität und der Handlungsspielräume für eine ökologisch tragfähige Erzeugung. Gute hochwertige Lebensmittel sind nicht zu Ramschpreisen zu haben. Eine Neuorientierung der Landwirtschaft wird erst gelingen, wenn sich der Wettbewerb nicht mehr vorrangig auf die Frage konzentriert, wer die billigste Ware hat, sondern wer den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine optimale Verbindung von hoher Produktqualität, großer Auswahl, günstigen Preisen und guter Erreichbarkeit vor Ort anbietet. Dieses Ziel sollte durch Zertifizierung von Produkten wesentlich befördert werden.

(103) Eine zentrale Voraussetzung für mehr Produktverantwortung der Verbraucher ist die Information. Dafür ist die Durchsetzung einer klaren und einheitlichen Kennzeichnung im Blick auf die Qualität und Herkunft von Nahrungsmitteln von vorrangiger Bedeutung, um im Alltag eine echte Wahl zu ermöglichen. Das neue einheitliche EU-Ökosiegel für Lebensmittel bietet dafür eine gute Basis, um vielen Verbrauchern beim täglichen Einkauf auch in den großen Handelsketten deutlich zu machen, dass sie es letztlich sind, die entscheiden, wie die Lebensmittel in Deutschland und anderswo produziert werden. Das EU-Ökosiegel hilft dem Verbraucher, die damit gekennzeichneten Produkte von den konventionell erzeugten abzugrenzen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass im Verhältnis zu den bereits eingeführten Bio-Siegeln Abgrenzungsschwierigkeiten und damit Verwirrung bei den Verbrauchern auftreten. Deshalb ist noch zu prüfen, welche Auswirkungen die Einführung des EU-Gütesiegels auf den nach strengeren Kriterien wirtschaftenden verbandgebundenen ökologischen Landbau hat.

(104) Landwirtschaft und Handel sollten verstärkt aus der Sicht von Kunden denken und in enger Kooperation direkte Verbindung mit ihnen aufnehmen. Aber auch die Verbraucher müssen wissen, dass sie nur im näheren Kontakt mit den in der Landwirtschaft Tätigen die Qualität ihrer Lebensmittel bereits beim Einkaufen besser wahrnehmen und mehr Einfluss auf die Qualität ausüben können. Letztlich entscheiden die Verbraucher selbst über die Qualität ihrer Lebensmittel. Sie müssen bereit sein, ihr Konsumverhalten zu verändern.

(105) Immer größere Verarbeitungs- und Verteilungsstrukturen für Lebensmittel haben zu einer Kluft zwischen den in der Landwirtschaft Tätigen und Verbrauchern geführt. Viele junge Menschen haben nur noch sehr ungenaue Vorstellungen davon, wo Milch, Brot, Fleisch, Eier, Honig, Gemüse und Obst herkommen und wie diese Lebensmittel erzeugt werden. Um diese Entfremdung

zu überwinden und die Verbindung der in der Landwirtschaft Tätigen zu ihren Kunden und damit auch deren Kenntnis von der Herkunft ihrer Lebensmittel zu verbessern, hat es in den letzten Jahren viele Initiativen gegeben: Direktvermarktung auf dem Bauernhof, Bauernmärkte, Regionalkonzepte für die Versorgung von Großverbrauchern wie Behördenkantinen, Krankenhäusern, Altersheimen, die Initiative „offene Stalltür“ und anderes mehr.

(106) Aufgrund der Produktdifferenzierung und ähnlicher Zielgruppen lässt sich die Vermarktung regionaler Produkte oft gut mit dem Angebot fair gehandelter Waren verbinden. Entscheidend ist jedoch, in beiden Bereichen von den Nischen in die Supermärkte vorzudringen, in denen 80 % der Lebensmittel gekauft werden. Dafür gibt es mit Hilfe von Gütesiegeln gute Chancen.

(107) Wer ein Stück Fleisch vakuumverpackt erwirbt, den gesamten Herstellungs- und mehrstufigen Verteilungsprozess nicht überschauen kann und in der Einschätzung handelt, dass der Anteil der Verkaufserlöse der landwirtschaftlichen Erzeugung an dem gesamten Verkaufspreis einen minimalen Prozentsatz ausmacht, der wird immer bestrebt sein, möglichst viel zu möglichst geringen Preisen zu erhalten. Wer jedoch den Produktions- und Verkaufsprozess mit wenigen Stufen überschauen und die Qualität selbst beurteilen kann und nicht allein auf die Versprechungen der Verpackung angewiesen ist, der wird eher bereit sein, einen guten Preis zu entrichten. Die Wiederherstellung eines Höchstmaßes an Überschaubarkeit und unmittelbarer Wahrnehmung der Lebensmittel und ihrer Herkunft für den Endverbraucher wird bei ihm die Einsicht wecken, dass gute Qualität einen angemessenen Preis verlangt. Zu einer solchen Verbesserung der Informationen kann der Handel wesentlich beitragen.

(108) Ohne eine Lebensstiländerung, die Genügsamkeit, Maßhalten und die Weisheit des „weniger ist mehr“ entdeckt, wird eine dauerhafte Überwindung der Landwirtschaftskrise nicht gelingen. Nötig ist nicht nur Verbraucherschutz, sondern auch Verbraucherverantwortung, also eine aktive Mitgestaltung der landwirtschaftlichen Zukunft, indem der Einkaufskorb als „Stimmzettel“ genutzt und ökologisch tragfähige Produkte, Vermarktungsmethoden und Zubereitungen für Lebensmittel unterstützt werden. Verbraucherverhalten ist millionenfache Abstimmung mit der Einkaufstasche.

0.1 Der Beitrag der Kirchen

(109) Neben grundsätzlichen politischen Stellungnahmen der Kirchen sowie der

persönlichen Bereitschaft vieler Christinnen und Christen zum Wandel ihrer Konsummuster im Umgang mit Lebensmitteln ist auch das konkrete institutionelle Engagement der Kirchen für eine nachhaltige Landwirtschaft ein wichtiges Zeugnis für den Schöpfungsglauben. Dabei sind folgende Handlungsfelder von vorrangiger Bedeutung: die Kirchen als Foren des Dialogs, Bildung und Beratung, Interessenvertretung, Hilfsdienste, eigene Praxis, Ermutigung in Seelsorge und Liturgie.

(110) Zur Bewältigung der tiefen Orientierungskrise der Landwirtschaft bedarf es vor allem verstärkter Angebote der Information und Diskussion. In vielen Gesprächsforen suchen die Kirchen ihren Teil der Mitverantwortung zu tragen. Insbesondere die kirchlichen Landvolkverbände und die kirchlichen Dienste auf dem Lande, die Landjugendbewegung sowie die kirchlichen Landvolkshochschulen sind Orte, an denen die Möglichkeiten und Probleme eines neuen Berufsbildes der in der Landwirtschaft Tätigen als Dienstleister für den ländlichen Raum sowie die politischen und gesellschaftlichen Initiativen für eine nachhaltige Landwirtschaft diskutiert werden.

(111) Durch den relativ guten Rückhalt in der bäuerlichen Bevölkerung können die Kirchen wesentlich zur Förderung der notwendigen Dialogstrukturen zwischen den in der Landwirtschaft sowie im Tierschutz und Naturschutz Tätigen und den Verbrauchern, Entwicklungsorganisationen, Politik und Wissenschaft beitragen. Gerade in der Diskussion um den ökologischen Landbau ist es entscheidend, dass die ideologische Konfrontation zwischen konventionellem und ökologischem Landbau sowie zwischen den unterschiedlichen Gruppen im ökologischen Landbau vermieden wird. Hier haben die Kirchen, die unter ihrem Dach Menschen aus den unterschiedlichen Handlungsfeldern, aber mit unterschiedlichen Anschauungen und Praxiserfahrungen vereinen, eine besondere Aufgabe, zum Dialog beizutragen.

(112) Notwendig sind jedoch nicht nur Diskussionen und Bildungsangebote, sondern auch konkrete beispielgebende Initiativen für eine nachhaltige Landwirtschaft. So wurden zahlreiche Aktionen für eine regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte durch kirchliche Gruppen mit angestoßen (z. B. die Solidargemeinschaften für Regionalvermarktung in der Diözese München und Freising oder der Einkauf überwiegend in der Region erzeugter Lebensmittel durch die Evangelische Akademie Bad Boll). Mit unterschiedlichen Stellungnahmen und Initiativen zu aktuellen Themen leisten kirchliche Verbände und Gruppen auf dem Land eine intensive Arbeit der Interessenvertretung, Informationsvermittlung und Unterstützung für in der Landwirtschaft Tätige und die ländliche Bevölkerung.

(113) Angesichts der starken Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, die viele Familien in Notsituationen führt, konkretisiert sich die kirchliche Solidarität wesentlich in konkreten Hilfsdiensten und in der Seelsorge. Initiativen wie Dorfhelferinnen, bäuerliche Familienberatung und Betriebshilfe werden gut angenommen und sollten weiter ausgebaut werden. In einigen deutschen Diözesen und Landeskirchen integriert die landwirtschaftliche Familienberatung agrarwirtschaftliche, psychologische und seelsorgerlich-diakonische Aspekte. Sorgentelefone bilden einen Schwerpunkt dieser Arbeit. Vorrangige Themen sind dabei: 1. Hofnachfolge, 2. familiäre Beziehungskonflikte, 3. Schulden, 4. Gesundheit, 5. Vorsorge und Begleitung.

(114) Da die Situation für viele Höfe finanziell und personell sehr schwierig ist, gilt es in der Seelsorge auch, deutlich zu machen, dass die Bewirtschaftung des Hofes nicht um jeden Preis aufrecht erhalten werden soll. Das Leben der Familie ist wichtiger als der Bestand des Hofes. Die Aufgabe des Hofes bedeutet nicht das Scheitern des Lebens. Die Kraft des Glaubens und der Rückhalt in der kirchlichen Gemeinde können gerade in schweren Zeiten ermutigen, immer wieder Neues zu wagen. Das braucht jedoch auch intensive Angebote der Weiterbildung und Umschulung sowie eine unternehmerische Beratung beim Verkauf des Betriebs.

(115) In Deutschland sind die Kirchen Besitzer von beachtlichen landwirtschaftlich genutzten Flächen. Aber bislang engagieren sich noch zu wenige kirchliche Einrichtungen in ihrer Praxis für den ökologischen Landbau (z. B. Benediktinerkloster Plankstetten, Evangelische Akademie Altenkirchen). Nur auf der Grundlage eigener Praxis gewinnt die Bildungsarbeit an Glaubwürdigkeit und Anschaulichkeit. Einige Diözesen und Klöster in Deutschland berücksichtigen die Kriterien einer naturschonenden Bewirtschaftung als Auflagen für die Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen. Einige evangelische Landeskirchen haben die Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in ihrem Besitz durch entsprechende Pachtverträge verboten.

(116) Die Kirchen engagieren sich weltweit durch ihre Hilfswerke für die Ernährungssicherheit der Ärmsten durch Projekte und Lobbyarbeit. Gezielte armutsorientierte ländliche Entwicklungsprojekte ihrer Partner in Afrika, Asien oder Lateinamerika versuchen, das Recht auf Nahrung in der Hoffnung umzusetzen, dass solche Ansätze als Signale wahrgenommen und von der nationalen Regierungspolitik in den jeweiligen Ländern auf breiter Basis fortgesetzt werden. Armutsorientierung geht mit bodenständigen Methoden der ökologischen Produk-

tivitätsverbesserung und mit stark partizipatorischen Elementen einher. Von diesem gemeinwesenorientierten Sozialarbeiteransatz auf dem Lande können auch wir viel lernen. Über das Engagement vor Ort hinaus verfolgen die kirchlichen Entwicklungsdienste auch kritisch die globale Strukturpolitik unserer Regierung und der internationalen Organisationen und versuchen sie mitzugestalten. Die kirchlichen Entwicklungsdienste setzen sich für eine Konversion des Agrarprotektionismus und für eine Verankerung und Umsetzung des „Rechts auf Nahrung" ein. Dieses Recht wurde dank der Führungsbereitschaft der Bundesregierung in dem Welternährungsgipfel von 1996 aufgenommen. Zusammen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzen sich kirchliche Akteure wie Misereor, Brot für die Welt, Justitia et Pax und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) für das Zustandekommen eines internationalen Verhaltenskodex zum Recht auf Nahrung ein. Das Welternährungsengagement der Kirchen und ihr nationales Engagement für Landwirtschaft und Ernährung in Deutschland müssen enger zusammen wachsen.

(117) Grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige Landwirtschaft ist ein breiter gesellschaftlicher Bewusstseinswandel im Umgang mit Lebensmitteln. Hierzu kann der christliche Glaube vielfältige Impulse geben. So spielen Lob und Dank für die Gaben der Schöpfung in der Bibel und in der christlichen Tradition eine wichtige Rolle. Wein und Brot stehen als Gaben der Schöpfung, in denen sich Gott selbst uns schenkt, im Mittelpunkt jeder Eucharistie- bzw. Abendmahlsfeier. Jeder Gottesdienst und eine Vielzahl christlicher Feste, insbesondere das Entedankfest, zielen darauf, die Haltung der Achtung und der Dankbarkeit im Umgang mit den Mitmenschen und mit der Schöpfung einzuüben. „Der Erntedank hat als Fest des Dankes, des Teilens und der Besinnung eine lange Tradition. Er stammt aus einer Zeit, in der das Überleben des Menschen mehr als heute von der jährlichen Ernte abhing. Die Sorge um das tägliche Brot wird heute immer stärker im Zusammenhang mit Fragen der Qualität und der gesundheitlichen Unbedenklichkeit unserer Nahrung gesehen. Zugleich wächst überall das Bewusstsein, dass nicht nur die Bäuerinnen und Bauern, sondern jeder von uns für den pflegerischen Umgang mit der Natur für die vielen heute noch hungernden Menschen verantwortlich ist. Gerade in dieser gemeinsamen Sorge erfährt das Erntedankfest einen neuen Sinn"19. Erntedank ist gerade heute ein

19 Deutscher Bauernverband / Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung: Erklärung zum Erntedank, Bonn 1986.

Chance, die gemeinsame Verantwortung von in der Landwirtschaft Tätigen und Verbrauchern zu erkennen und zu vermitteln.20

(118) Nicht wenige kirchliche Traditionen und Elemente der Liturgie sind in besonderer Weise auf die bäuerliche Kultur bezogen, z. B. der Wettersegen mit der Bitte um das Gedeihen der Feldfrüchte oder das Fest des heiligen Franziskus am 4. Oktober, der zugleich Welttierschutztag ist. So bieten Liturgie, Verkündigung und praktische Diakonie für jede evangelische und katholische Gemeinde im Laufe des Jahres vielfältige Gelegenheiten, die Arbeit der Bauernfamilien zu würdigen und den pfleglichen Umgang mit Natur und Schöpfung als Herausforderung von uns allen zu sehen.

(119) Der achtsame Umgang mit den Früchten der Felder und der menschlichen Arbeit sowie mit allen Gütern und Lebewesen der Schöpfung ist ein wesentliches Element von Lebensqualität. Gerade weil die Nahrungsmittel für viele heute im Überfluss vorhanden sind, bedarf es der bewussten Einübung einer solchen Haltung der Achtsamkeit und Dankbarkeit. Denn erst dadurch erschließt sich auch ihr immaterieller Wert sowie die Fähigkeit, verantwortungsvoll damit umzugehen. Wir müssen immer wieder neu lernen, dass unsere Gesundheit und unser Glück nicht primär durch die Vermehrung der materiellen Güter sichergestellt werden kann, sondern wesentlich durch eine gute Beziehung zu unseren Mitmenschen, unseren Mitgeschöpfen und zu Gott.

(120) Das gilt auch für den Aufbau einer nachhaltigen Landwirtschaft, die nicht darauf ausgerichtet ist, möglichst viel zu produzieren, sondern darauf, eine gesunde Ernährung zu ermöglichen und zugleich vielfältige Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten. Sie ist ein Grundelement der menschlichen Kultur und Ausdruck einer zeitgemäßen Verantwortung für die Schöpfung. In allen unterschiedlichen Konfliktlagen stellen die Kirchen dabei die Grundfrage nach der Gerechtigkeit in einer Welt, in der die Lebens- und Überlebenschancen ungleich verteilt sind und die wechselseitigen Abhängigkeiten wachsen. Eine nachhaltige Landwirtschaft ist eine unverzichtbare Basis für die langfristige Sicherung weltweiter Ernährung. Das christliche Engagement hierfür ist ein Zeugnis für den Schöpfungsglauben.

---

20 Vgl. Ausschuss für den Dienst auf dem Lande in der EKD (ADL), Katholische Landvolkbewegung Deutschlands (KLB), Deutscher Landfrauenverband (DLV), Deutscher Bauernverband (DBV), Gemeinsame Erklärung zum Erntedank 2000.

Mitglieder der Arbeitsgruppe

Dr. Rudolf Buntzel-Cano, Berlin

PD Dr. Hans Diefenbacher, Heidelberg

Dr. Clemens Dirscherl, Waldenburg-Hohebuch

Ulrich Oskamp, Münster

Dr. Willi Real, Osnabrück

Prof. Dr. Theodor Strohm, Heidelberg

Prof. Dr. Markus Vogt, Benediktbeuern

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer, Bochum

OKRin Dr. Renate Knüppel, Hannover (Geschäftsführerin)

Dr. Matthias Meyer, Bonn (Geschäftsführer)